



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 157 Juni/1 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

.....

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

27.5.2025

Tagesschau zeigt zivile Opfer und Schäden nur in der Ukraine
Über das Schicksal von Opfern und über zerbombte Wohnhäuser muss informiert werden.
Es gibt sie auch in russisch besetzten Gebieten.

Urs P. Gasche

«Einmal mehr wurde die Ukraine von heftigen Luftangriffen überzogen», berichtete die SRF-Tagesschau am 25. Mai. Westlich von Kiew wurden zwei Jugendliche und zwei Kinder getötet. Eine Frau berichtete mit bewegter Stimme über drei Einschläge hintereinander.

Medien haben die Pflicht, über den Horror von Kriegen zu berichten. Egal, ob sie, wie jetzt, viele unschuldige Opfer fordern in der Ukraine, in Gaza, im Sudan, im Kongo, in Myanmar oder in Somalia.

Das Problem: Alle Kriegsparteien versuchen häufig erfolgreich, die Informationen zu steuern, zu kontrollieren und zu zensurieren. Es geht um die Kriegsmoral im eigenen Land und oft um das Schüren von Hass.

Medien machten einschlägige Erfahrungen während der Kriege in Vietnam, Irak, Afghanistan, Jemen oder Syrien.

Heute gibt es hochauflösende Satellitenbilder, die das tatsächliche Geschehen festhalten. Auf ihnen sind die Zerstörungen ersichtlich, die Raketen und Drohnen verursachen. Doch diese Bilder werden Medien nur selektiv zugespielt.



Westlich von Kiew wurden am 25. Mai zwei Jugendliche und zwei Kinder bei einem russischen Angriff getötet. © SRF

Von den Medien könnte man erwarten, dass sie ganz besonders während Konflikten ihre Quellen stets genau benennen und auch darüber informieren, zu welchen Informationen sie keinen Zugang haben.

Würden sie dies tun, wäre eher nachvollziehbar, weshalb beispielsweise über zivile Opfer und Schäden in Russland und in den von Russland besetzten Gebieten kaum je informiert wird. Die ukrainische Armee, die mit modernen Waffen ausgerüstet ist, trifft nicht ausschliesslich Waffenlager, Treibstofftanks, feindliche Flugzeuge und Panzer sowie russische Soldaten.

Vorgaben des Humanitären Völkerrechts

Das Humanitäre Völkerrecht verbietet – Angreifen und Angegriffenen in gleichem Masse – Angriffe auf zivile Einrichtungen. Ganz besonders geschützt sind Einrichtungen für das Überleben wie landwirtschaftliche Kulturen, die Wasserversorgung oder Nahrungsmittelvorräte sowie Staudämme, Deiche und Atomkraftwerke.

Allerdings dürfen zivile Einrichtungen nicht als Schutzschilder für militärische Zwecke missbraucht werden. Wahrscheinlich trifft es zu, dass russische Raketen und Drohnen in der Ukraine mehr zivile Opfer fordern und mehr zivile Einrichtungen treffen als umgekehrt die ukrainischen Gegenangriffe. Doch auch in russisch besetzten Gebieten gibt es Zivilpersonen und zivile Einrichtungen, die von ukrainischen Streitkräften getroffen werden. Darüber dringen nur spärliche Informationen an die Öffentlichkeit.

Die Ukraine nutzt Raketendrohnen mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern, US-Marschflugkörper mit einer Reichweite von bis zu 1000 Kilometern oder ATACMS-Raketen mit einer Reichweite bis 300 Kilometern.

Es fällt auf: Während oft informiert wird über die genaue Zahl von russischen Raketen und Drohnen, die in der Ukraine Zerstörungen anrichten, fehlen Angaben über die Zahl ukrainischer Raketen und Drohnen, die russisch kontrollierte Gebiete treffen.

Laut «Deutschlandfunk» hat die Ukraine im April 2025 die russischen Regionen Belgorod, Woronesch, Kursk und Lipezk sowie auch die Hauptstadt Moskau sowie die annektierte Halbinsel Krim mit Kampfdrohnen erneut angegriffen. Das berichtete die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg. In Kursk seien mehrere Wohnhäuser in Brand geraten.

Erfahrungen aus anderen Konfliktzonen zeigen, dass auch bei zielgerichteten Angriffen zivile Gebäude – etwa durch Fehlschüsse, technische Fehler oder Abweichungen der Flugbahn – getroffen werden. Zudem können Trümmer abgeschossener Drohnen oder Raketen Schäden an Wohnhäusern verursachen.

Russische Staatsmedien, offizielle Verlautbarungen und russische Social Media verbreiten häufig, dass Drohnen- oder Raketenangriffe der Ukraine auf russischem Gebiet Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser oder andere zivile Infrastruktur beschädigen oder zerstören. Weil die Angaben nicht überprüfbar sind und manchmal als Propaganda entlarvt wurden, werden sie von westlichen Medien ignoriert.

Beweis mit Satellitenaufnahmen

Satellitenaufnahmen sind ein sehr effektives Mittel, um nach Angriffen nicht nur die Zerstörung oder das Verfehlen militärischer Ziele, sondern auch Schäden an Wohnhäusern, Schulen und Spitälern zu dokumentieren. Es wurden auch mehrfach Bilder veröffentlicht, um Kriegsverbrechen und Angriffe auf zivile Infrastruktur zu beweisen.

Es gibt zwar etliche frei verfügbare Satelliten. Fast alle öffentlich zugänglichen Satellitenbilder stammen von westlichen Anbietern wie Landsat (USA) und Sentinel-Satelliten (EU). Sie haben jedoch eine begrenzte räumliche Auflösung (beispielsweise Sentinel-2 10 Meter pro Pixel), sodass kleinere Details nicht erkennbar sind. Gegen Bezahlung sind Bilder von Firmen wie Maxar oder Planet Labs erhältlich. Sie haben eine etwas bessere Auflösung.

Hochauflösende Bilder von Kriegsgebieten stehen häufig Geheimdiensten und Militärs zur Verfügung und werden nicht veröffentlicht. Die Entscheidung, welche Aufnahmen öffentlich gemacht werden, liegt bei den Anbietern und den zahlenden Kunden – häufig Regierungen oder militärische Stellen. So hatten beispielsweise US-Behörden der Ukraine den Zugang zu bestimmten Satellitenbilddiensten zeitweise gesperrt.

Das gilt nicht nur für die USA und die Nato, sondern auch für Russland. Moskau kontrolliert die Veröffentlichung von Informationen über Schäden im eigenen Land streng. Unabhängige Journalisten und internationale Organisationen haben kaum Zugang. Detaillierte oder überprüfbare Schadensberichte veröffentlichen die russischen Behörden selten.

Aus Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung geht hervor, dass die Ukraine und ihre Verbündeten über russische Angriffe auf zivile Ziele bevorzugt informieren, um Regierungen und die Öffentlichkeit für die Unterstützung der Ukraine zu mobilisieren.

Nichts rechtfertigt den russischen Angriffskrieg

upg. Auch wenn sich Russland von der Nato eingeschnürt fühlte, war Russland existenziell nicht bedroht. Angegriffen wurde Russland schon gar nicht. Deshalb gibt es nichts, das den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtfertigt.

Russland ist dafür scharf zu verurteilen. Doch bei den *Informationen* über das Kriegsgeschehen sollten die Medien zu ihrem Halbwissen stehen, eine sachliche Sprache verwenden, Quellen genau angeben und auf Informationslücken hinweisen. Gerade bei Konflikten steht die Glaubwürdigkeit der Medien auf dem Spiel.

Es gibt ein Lebenslicht – und das erlischt, wenn wir sterben

Aktualisiert am 19.05.2025, 17:31 Uhr



(Symbolbild) © Getty Images/primipil

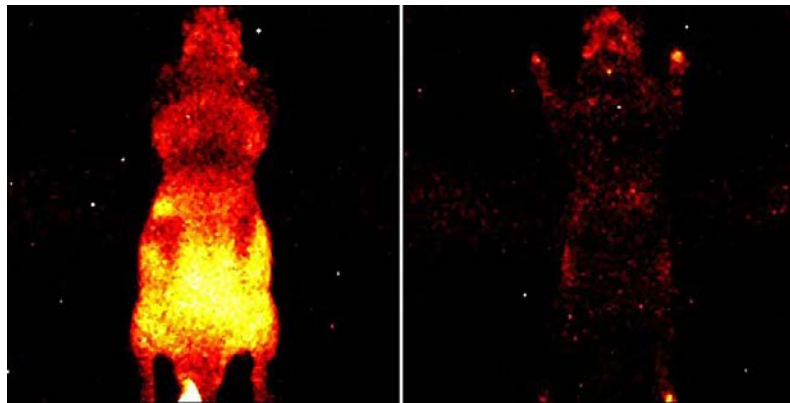
Messungen sind nur in absolut dunklen Kammern möglich, weil das Tages- und Raumlicht oder allein schon das Licht von Instrumentenanzeigen die extrem schwache Lebensaura überlagert.

Uns umgibt eine Aura aus Licht: Was unglaublich klingt, ist wissenschaftlich bewiesen. Demnach strahlen Menschen und auch andere Lebewesen ein sehr schwaches, messbares Licht aus. Wenn wir sterben, erlischt es allmählich.

Menschen sind ebenso wie andere Lebewesen von einer Aura aus Licht umgeben – das mit dem Tod zu erlöschen beginnt. Lebende Zellen senden Lichtteilchen im sichtbaren Bereich aus, bestätigt eine im *Journal of Physical Chemistry Letters* vorgestellte Studie. So bizarr das Ergebnis klingen mag: Experten sehen eine Reihe handfester potenzieller Anwendungsmöglichkeiten.

Die Lichtteilchen, Photonen genannt, entstehen als Nebenprodukte des Zellstoffwechsels. Als ultraschwache Photonenemission (UPE, engl. ultra-weak photon emission) wird das schon seit Jahrzehnten untersuchte

Phänomen bezeichnet, das sich von anderen biologischen Lichtemissionsprozessen wie Biolumineszenz und Chemilumineszenz unterscheidet.



Aufnahme der von der Oberfläche einer lebenden (links) und einer toten (rechts) Maus abgestrahlten Photonen. © dpa / National Research Council of Canada (NRC)

Aura lässt sich nur mit grossem technischem Aufwand sichtbar machen

«Ultraschwach bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es sich um extrem geringe Lichtmengen handelt – typischerweise nur wenige Photonen – die selbst mit hochsensibler Messtechnik nur mit grossem Aufwand nachweisbar sind», erklärte Stefan Schramm von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (HTWD), der selbst nicht an der Analyse beteiligt war.

«Die genauen molekularen Ursachen dieser Emissionen sind noch nicht abschliessend geklärt», sagte Schramm. «Es gilt jedoch als plausibel, dass sie im Zusammenhang mit normalen Stoffwechselvorgängen stehen, insbesondere mit der Bildung reaktiver Sauerstoffspezies (ROS).»

Diese entstünden bei biochemischen Prozessen im Organismus und könnten instabile Zwischenprodukte erzeugen, die spontan zerfallen und dabei Photonen emittieren. Damit gibt es Parallelen zur klassischen Biolumineszenz, wie man sie etwa von Glühwürmchen kennt – allerdings ist UPE um mehrere Grössenordnungen schwächer und ohne technische Hilfsmittel nicht sichtbar.»

Messungen nur in absolut dunklen Kammern möglich

Die Vermutung, dass solche «Biophotonen» existieren, konnte mangels ausreichend empfindlicher Technik lange nicht bewiesen werden. Zudem sind Messungen nur in absolut dunklen Kammern möglich, weil das Tages- und Raumlicht oder allein schon das Licht von Instrumentenanzeigen die extrem schwache Lebensaura überlagert. In den letzten Jahren wurde dann über erste Nachweise ultraschwacher Photonenemissionen bei Bakterien, Pilzen, Samen und tierischem Gewebe berichtet.

Das Team um Daniel Oblak von der Universität Calgary bestätigte in Experimenten mit Mäusen und zwei Pflanzenarten mit Hilfe neuer Bildgebungssysteme nun, dass Lebewesen geringe Mengen an Photonen im sichtbaren Bereich abgeben. Zudem verglichen sie das Phänomen bei lebenden und toten Mäusen. Verwendet wurden besonders lichtempfindliche sogenannte EMCCD-Kameras, die in der Lage sind, selbst extrem schwache Lichtsignale aufzulösen.

Mit dem Leben erlischt auch das Licht

Vier unter Vollnarkose gesetzte Mäuse wurden einzeln in eine dunkle Box gelegt und eine Stunde lang abgebildet, bevor sie eingeschlüpfert und eine weitere Stunde lang abgebildet wurden. Die Mäuse wurden dabei auch nach ihrem Tod auf Körpertemperatur erwärmt, um zu verhindern, dass die Photonenemission sich temperaturabhängig veränderte.

Ergänzend gab es Testreihen mit Ackerschmalwand (*Arabidopsis thaliana*) und Kleiner Strahlenaralie (*Hep-tapleurum arboricola*), deren Blätter zum Teil schädlichen Chemikalien wie Alkohol, Wasserstoffperoxid und Benzocain oder Hitze ausgesetzt wurden. Hintergrund dafür ist, dass Lebewesen, die Stressoren wie Umweltgiften ausgesetzt sind, häufig vermehrt reaktive Sauerstoffspezies produzieren.

Gewissermassen eine «Fotografie dieser emissionsbasierten Aura»

Der Fortschritt der Studie liege darin, dass nicht nur die UPE detektiert, sondern auch ihre räumliche Verteilung auf der Oberfläche von Lebewesen sichtbar gemacht wurde, erklärte Schramm. «Gewissermassen eine Art Fotografie dieser emissionsbasierten Aura.»

Die Versuche zeigten deutlich, dass tote Mäuse kaum noch Photonen abgeben - ihr Lebenslicht erlischt im wörtlichen Sinne. Bei den Pflanzen beobachteten die Forschenden, dass ein Temperaturanstieg und Verletzungen eine erhöhte UPE-Intensität zur Folge hatte. Auch chemische Behandlungen veränderten die UPE-Emissionseigenschaften.

Die Untersuchung der ultraschwachen Photonenemission sei von grundlegender Bedeutung für die Grundlagenforschung, da sie nicht-invasive Einblicke in Stoffwechselprozesse von Organismen ermögliche, heisst es in der Studie. Schramm erklärte, er halte die Analyse für einen spannenden Schritt, der die UPE-Forschung potenziell in Richtung anwendungsorientierter Fragestellungen öffne.

Erfreuen wir uns «strahlender» Gesundheit?

Das Team um Oblak sieht eine Reihe möglicher künftiger Verwendungsmöglichkeiten: Die UPE-Bildgebung könne eine nicht-invasive, markierungsfreie Darstellung der Vitalität von Tieren und der Stressreaktion von Pflanzen ermöglichen, hoffen die Forschenden. Sie spekulieren zudem darauf, dass sich das geisterhafte Leuchten womöglich in Zukunft für Messungen dazu nutzen lässt, ob wir uns wortwörtlich strahlender Gesundheit erfreuen.

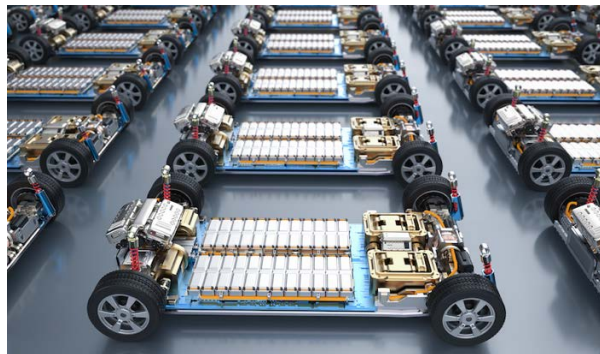
Wichtig zu betonen sei, dass das Verständnis der genauen biochemischen Mechanismen hinter dieser Art von Emission noch sehr lückenhaft ist, sagte Schramm. «Die Interpretation solcher Lichtaurabilder muss daher mit grosser wissenschaftlicher Sorgfalt erfolgen, um Fehldeutungen oder pseudowissenschaftlichen Spekulationen vorzubeugen.»

Zu den ungeklärten Fragen gehört Experten zufolge zum Beispiel, ob die Biophotonen lediglich ein Nebenprodukt von Reaktionen sind oder eine bestimmte Rolle für die Gesundheit und die Kommunikation innerhalb und zwischen Zellen spielen. (dpa/bearbeitet von fs)

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/wissen/wissenschaft-technik/lebenslicht-erlischt-sterben-40992828>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

11.5.2025



Die Akkus in E-Autos enthalten Lithium. © phonlamai / Depositphotos

Das mysteriöseste Element im All und auf der Erde

Wie Lithium auf die Erde kam, ist ein Rätsel, beim Abbau sorgt es für Verschmutzung, bei der Verwendung ist es schwer zu zähmen.

Hubert Filser

Dies ist ein Gastbeitrag. Der Autor Hubert Filser ist Wissenschaftsjournalist und Physiker. Sein Originalartikel erschien in «Horizonte» Nr. 144 (März 2025), dem Forschungsmagazin des Schweizerischen Nationalfonds und der Akademien der Wissenschaften Schweiz.

Die Geschichte des aktuell wohl begehrtesten Elements der Welt beginnt in den ersten fünf Minuten nach dem Urknall. Damals vor rund 13,8 Milliarden Jahren entstand das leichteste Metall des Universums: Lithium. Dabei weiss niemand so genau, wie die Schlüsselressource der Energiewende überhaupt auf die Erde kam. Nachgewiesen wurde Lithium erstmals vor rund 200 Jahren, in der Utö-Mine südlich von Stockholm. Auf der Erde selbst kann das Metall übrigens nicht entstanden sein, dafür braucht es so hohe Energien, wie sie nur im Weltall und im Inneren von Sternen vorkommen.

«Lithium ist eines der mysteriösesten Elemente des Universums», sagt Anna Frebel, Expertin für alte Sterne und die Frühphase des Weltalls am Massachusetts Institute of Technology. In seiner reinen Form ist das Element hochreaktiv, und bereits die ersten Sterne haben es mit ihren hohen Kerntemperaturen fast vollständig verbrannt.

Trotzdem müsste sich heute laut Standardmodell für die Entstehung des Weltalls noch deutlich mehr Lithium im Universum befinden. Messungen weisen etwa Wasserstoff und Helium in der erwarteten Grössenord-

nung nach, Lithium aber zwei- bis viermal weniger als vorhergesagt. Warum? «Das wissen wir nicht», sagt die Astrophysikerin. Man nennt es das kosmologische Lithium-Problem.

Nur ein kosmischer Unfall

Das Ganze beginnt schon mit dem Nachweis. Lithium lässt sich nicht wie Wasserstoff und Helium in den Gaswolken von Galaxien messen. Nur an der Oberfläche bestimmter Sterntypen können Astronomen es von der Erde aus beobachten. Aber auch dann sind die Signale in der Regel schwach. Mit wenigen Ausnahmen: Corinne Charbonnel von der Universität Genf hat zusammen mit Frebel jüngst im Stern J0524-0336 eine tausendfach höhere Lithiummenge als bei vergleichbaren Sternen nachgewiesen. Ein Glücksfall, aber rätselhaft.

Dem könnte ein einmaliger Prozess im Leben eines Sterns zugrunde liegen, schreibt Charbonnel in einem Paper. Gemäss dieser These wird eine kurze Zeit, etwa tausend Jahre lang, Lithium produziert. Es wäre wie ein Wimpernschlag im Leben eines Sterns, der Milliarden Jahre existiert. Danach verbraucht er das Metall vollständig.

«Nach dem Urknall gab es anders als bei anderen Elementen keine richtige Lithiumproduktion mehr», erklärt Frebel weiter. «Sein Entstehen erscheint eher wie eine Art kosmischer Unfall.» Bei vielen anderen Elementen auf der Erde könne man die Entstehung ziemlich genau bestimmen: Eisen stammt aus Supernova-Explosionen, Gold aus der Kollision von Neutronensternen, Barium von einer bestimmten Klasse alter Riesensterne.

«Lithium dagegen ist wie ein glitschiger Fisch», sagt Frebel. Eine Vermutung aber gibt es, ein Phänomen, das Forschende Spallation nennen: Hochenergetische Teilchen könnten auf ihrem Weg durchs Universum zufällig mit schwereren Elementen verschmelzen und zu Lithium zerfallen. So könnte das Metall immer wieder mal entstanden und mangels Reaktionspartner in den endlosen Weiten stabil geblieben sein.

Grosse Chance und grosser Zerstörer

Aber auch in diesem Fall bleibt die Frage: Wie ist es auf die Erde gekommen? Wieder Achselzucken bei Frebel. «Auch das wissen wir nicht», sagt sie. Als sich die Erde aus einer Wolke aus Gas und Staub bildete, muss darin jedenfalls auch das Lithium enthalten gewesen sein, das heute in Batterien genutzt wird. Es sank, als die Erde erstarrte, zunächst in tiefere Schichten ab, meist gebunden als Salz.

Nur bestimmte geologische Bedingungen bringen es wieder näher an die Oberfläche. Daher kann es auch nur an wenigen Stellen abgebaut werden. Sechs Nationen – Argentinien, Bolivien, Chile, Australien, China und die USA – verfügen über rund 70 Prozent der bekannten Lithiumreserven. «So leicht kommt man an den wertvollen Rohstoff nicht ran», erklärt Marc Hufty vom Geneva Graduate Institute.

Es gebe zwei Abbauverfahren. Die Gewinnung aus hartem Gestein, wie sie vom Weltmarktführer Australien praktiziert wird, erfolgt im konventionellen Bergbau mit schwerem Gerät. Oft muss pro Kilogramm Lithium rund eine Tonne Granit zerkleinert und das Material mit teils aggressiven Chemikalien herausgewaschen werden.

Bei der Lithiumgewinnung aus Salinen wie vor allem in Chile, Argentinien und China wird Sole aus der Salzkuste gepumpt und in riesigen Becken durch Verdunstung an der Sonne konzentriert. «Beide Verfahren sind sehr ressourcenintensiv», so Hufty. Sie benötigen viel Energie und grosse Mengen Wasser. «Bei den Prozessen fällt auch viel Abfall an, Staub, Säuren, chemische Nebenprodukte und kontaminiertes Wasser.» Der Entwicklungsforscher hat die Probleme des Lithiumabbaus in Südamerika untersucht. Oft löst dieser Widerstand aus, wie etwa im Altiplano, in der Hochebene der Anden. Die Anwohnenden wissen inzwischen, dass unberührte oder nur in Subsistenzwirtschaft genutzte Landschaften meist weitgehend zerstört werden.

Das führt dort auch zu tiefgreifenden sozialen Veränderungen. Die lokalen Gemeinden seien gespalten: Einige akzeptieren den Abbau als Quelle von Einkommen, Lizenzgebühren und Arbeitsplätzen, andere lehnen ihn ab, weil er die Umwelt zerstört und althergebrachte Lebensweisen ändert.

«Diese Brüche sind oft generationenübergreifend, da die Jüngeren von den neuen Konsummöglichkeiten angezogen werden», weiss Hufty. Lithium habe in Lateinamerika ähnlich wie früher das Erdöl eine grosse symbolische Bedeutung. Es biete die Chance, endlich auf «den Zug des industriellen Wachstums aufzuspringen». Eine Hoffnung, die sich jedoch oft nicht erfülle.

Gleichzeitig steigt weltweit der Bedarf. Lithium ist sehr leicht und will schnell Elektronen abgeben. Das ist für die Speicherung von Strom wie etwa in Akkus ein grosser Vorteil. Sogenannte Lithium-Ionen-Batterien sind derzeit die marktbeherrschende Speichertechnologie, sie kommen in Smartphones, Laptops und Elektroautos zum Einsatz. Dabei fliessen Lithium-Ionen zwischen Anode und Kathode. Ihr Vorteil: Der Stromfluss beruht nicht auf chemischen Reaktionen, die die Elektroden zersetzen.

Wettlauf um die beste Ionenbatterie

Der Grundstein für die Lithium-Ionen-Batterie wurde während der Ölkrise in den 1970er-Jahren gelegt. Basis dafür waren die Ideen dreier Forscher, die 2019 dafür den Nobelpreis in Chemie erhielten.

Das Material ist jedoch nicht leicht zu bändigen. Vereinzelt auftretende Akkubrände sind ein Indiz dafür, wie wichtig es ist, die Reaktivität von Lithium zu zähmen. Mit Wasser oder Sauerstoff reagiert es derart schnell, dass es in der Natur fast nicht in seiner reinen, metallischen Form vorkommt. Wirft man einen Brocken Lithium ins Wasser, schwimmt dieser zischend hin und her und entzündet sich selbst.

Um moderne Hochleistungsbatterien stabil zu machen, müssen die Forschenden viele Tricks anwenden: die Batterien etwa in Schichten aufbauen und so das Lithium räumlich immer wieder isolieren. Die chemischen Reaktionen in einer Batterie müssen auch deswegen derart kontrolliert ablaufen, damit sich die freiwerdende Energie bei der Entladung eben auch gezielt abgreifen lässt.

Ali Coskun von der Universität Freiburg forscht an neuartigen Batterien. Vielversprechende Kandidaten basieren auf der Kombination von Lithium und Schwefel als Elektrodenmaterialien. «Der eine grosse Vorteil ist die leichtere Verfügbarkeit von Schwefel», sagt der Chemiker. Schwefelsäure oder elementarer Schwefel lassen sich industriell sehr gut gewinnen. Der zweite Vorteil: Batterien mit Lithium-Schwefel-Zellen sind bis zu 40 Prozent leichter als Lithium-Ionen-Batterien und sogar bis zu 60 Prozent leichter als ebenfalls gebräuchliche Lithium-Eisenphosphat-Batterien.

Doch noch sind die Reaktionen teilweise sehr langsam. Coskun und sein Mitarbeiter Patrick Fritz investieren deswegen in die Grundlagenforschung. Aktuell liegen ihre Hoffnungen auf einem neuartigen Elektrolyt, dem Material zwischen Anode und Kathode im Akku. Eine wissenschaftliche Publikation dazu ist in Vorbereitung, ein industrieller Partner in Südkorea wird die neuen Batterien demnächst testen. «Bis zur Marktreife wird es aber noch fünf bis zehn Jahre dauern», sagt Coskun.

Das Ganze sei auch ein Wettlauf. «Chinesische Firmen dominieren jetzt schon die Batterieproduktion weltweit, und auch in der Grundlagenforschung stammen inzwischen neun von zehn Veröffentlichungen aus China», sagt Coskun. Die einzige Chance für Europa sei es, noch innovativer zu werden. Umso wichtiger sei die Unterstützung der Grundlagenforschung etwa durch staatliche Förderer oder die EU. Trotz aller Rätsel um seine Herkunft und Herausforderungen bei seiner Ernte und Bändigung: Lithium wird auch in nächster Zeit das zentrale Element der Energiewende bleiben.

Putin skizziert Russlands Ziele im Ukraine-Konflikt

rt.com, Mai 19, 2025



Russlands Präsident Wladimir Putin. © Sputnik

Russland will seine Sicherheit garantieren und die Grundlage für einen langfristigen Frieden schaffen – das erklärte Präsident Wladimir Putin in einem Interviewauszug, den der Fernsehsender Russia 1 am Sonntag veröffentlichte.

In dem von Journalist Pawel Sarubin auf Telegram geteilten Ausschnitt sagte Putin, Russland verfüge über «genug Kraft und Ressourcen, um das, was 2022 begonnen wurde, zu einem logischen Abschluss zu bringen» und dabei die zentralen Ziele Moskaus zu erreichen.

Russland strebe an, «die Ursachen dieser Krise zu beseitigen, die Voraussetzungen für einen langfristigen, nachhaltigen Frieden zu schaffen und die Sicherheit des russischen Staates sowie die Interessen unseres Volkes in den Gebieten zu garantieren, über die wir immer sprechen», so der Präsident.

Putin bezog sich dabei offenbar auf die Krim, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die Regionen Cherson und Saporoschje – Gebiete, die sich laut Referenden 2014 und 2022 mehrheitlich für einen Beitritt zu Russland ausgesprochen haben.

Die Bewohner dieser früheren ukrainischen Regionen «sehen Russisch als ihre Muttersprache» und betrachteten Russland als ihr Heimatland, betonte Putin.

Bezüglich der aktuellen diplomatischen Gespräche mit den USA zur Lösung des Konflikts räumte Putin ein, dass «das amerikanische Volk, einschliesslich seines Präsidenten [Donald Trump], seine eigenen nationalen Interessen hat». Man respektiere das und erwarte, ebenso respektiert zu werden.

Putins Aussagen erfolgten nach den ersten direkten Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine seit 2022. Unter Vermittlung der Türkei in Istanbul einigten sich beide Seiten darauf, jeweils Listen mit Bedingungen für einen möglichen Waffenstillstand auszutauschen, einen umfassenden Gefangenenaustausch durchzuführen und weitere Treffen ins Auge zu fassen. Der Kreml schloss ein direktes Treffen zwischen Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selensky nicht aus, sollte es Fortschritte und konkrete Vereinbarungen geben.

Im Anschluss an die Gespräche kündigte US-Präsident Donald Trump ein Telefonat mit Putin für Montag an, bei dem Handelsthemen und eine Lösung des Russland-Ukraine-Konflikts im Fokus stehen sollen. Gleichzeitig sprach Russlands Aussenminister Sergej Lawrow mit US-Senator Marco Rubio über die Istanbul-Gespräche – Rubio begrüßte die Ergebnisse der Verhandlungen.

Quelle: Putin outlines results Moscow seeks in Ukraine

Quelle: <https://uncutnews.ch/putin-skizziert-russlands-ziele-im-ukraine-konflikt/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

20.5.2025



Plastikrecycling soll zu einer Plastik-Kreislaufwirtschaft führen.
Das ist nur sehr bedingt der Fall. © CCNull

«Vorgetäuschter Kreislauf» beim Plastikrecycling

Zu viel Plastik landet in der Umwelt und recycelt wird wenig. Der Konsumentenschutz fordert eine Rückkehr zu Glas-Mehrwegflaschen.

Daniela Gschwend

Die Umwelt ist voll mit Plastik, wir haben Plastikpartikel im Blut, im Gewebe und im Gehirn. Wir sitzen sogar darauf – buchstäblich. Eine ursächliche Lösung für die Plastikkrise ist dennoch nicht in Sicht. Erst Anfang Dezember 2024 weigerten sich einige Staaten, eine globale Produktionsobergrenze für Plastik zu akzeptieren.

Recycling soll das Problem beseitigen, sagt zumindest die herstellende Industrie. Ein Plastikkreislauf mit weniger Abfällen und weniger Neuproduktion sei die Lösung. Das klingt ansprechend.

In der Schweiz sieht es diesbezüglich ohnehin mager aus. Gerade einmal zehn Prozent des Plastikaufkommens werden derzeit recycelt. Ein von der Organisation Recypac lanciertes Sammelsystem für Plastikabfälle soll das ändern.

Konsumentenschutz: «Zurück zum Mehrwegglas!»

Hinter Recypac stehen Detailhändler wie Migros und Coop, Lebensmittelhersteller wie Nestlé und Emmi sowie der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI). Der Branchenverband arbeite nicht gewinnorientiert, schreibt er auf seiner Website. Gesammelt werden soll in einem separaten Abfallsack, der dem gelben Sack in Deutschland gleicht. Gemeinden können sich um Teilnahme bewerben. Recycelt werde für den Anfang erst einmal im Ausland.

Das Modell sei allenfalls ein «vorgetäuschter Kreislauf», kritisiert hingegen der Schweizer Konsumentenschutz. Plastikrecycling sei noch nie sinnvoll gewesen. Schon deshalb, weil jedes Recyclingversprechen zu

höherem Verbrauch führe. Die Absicht der Lobbys sei es generell nicht, die Plastikkrise zu lindern, sondern vielmehr, die Gewinne der Ölindustrie zu mehren.

Weg müsse vor allem Einwegplastik, legt der Konsumentenschutz übereinstimmend mit vielen Umweltorganisationen dar, die teils nur noch von «Recyclinglüge» sprechen. Eine gute Lösung gebe es bereits, man müsse nur dorthin zurück. Konkret: zu Milchflasche und Joghurtgläsern, also einem Mehrwegsystem aus Glas.

Das klingt gut, ist bekannt und erprobt, wird aber sicher nicht alles Plastik aus dem Handel entfernen. Das Grundprinzip aber stimmt: Plastik zu recyceln lohnt sich aus mehreren Gründen nicht.

Erstens: Es gibt zu viele verschiedene Kunststoffe

Schon deshalb, weil es zu viel Plastik gibt. Kunststoffe sind überall. Sie dienen als Grundgerüst, Bauteil, Verpackung, Faser und Ummantelung als Kissen und Kosmetika. Es gibt sehr viele davon. Die wichtigsten sind:

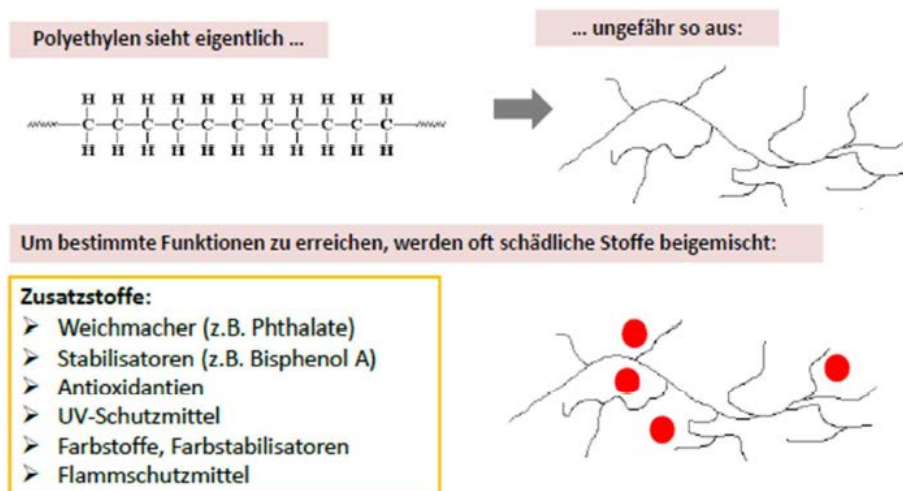
- **PE (Polyethylen)** ist der am häufigsten verwendete Kunststoff. Je nach Verarbeitung kann es unterschiedliche Eigenschaften haben. Man unterscheidet **LDPE** (Polyethylen niedriger Dichte, Low Density Polyethylene) und **HDPE** (Polyethylen hoher Dichte, High Density Polyethylene). Verwendet wird PE zum Beispiel in Verpackungsfolien, Einkaufstaschen, Gehäusen und Kisten.
- **PP (Polypropylen)** findet sich in Bechern, Verschlüssen, Schalen und Folien im Lebensmittelbereich, aber auch in Kunstrasen, Koffern und Outdoor-Möbeln.
- **PVC (Polyvinylchlorid)** wird als Hart-PVC zum Beispiel in Rohren, als Weich-PVC als Bodenbelag oder in Möbeln eingesetzt.
- **PS (Polystyrol oder Styropor)** findet sich in Verpackungen oder Isolierungen.
- **PU (Polyurethan)** wird als Schaumstoff verwendet, in Lacken, Fasern und als Beschichtung.
- **PET (Polyethylenterephthalat)** ist der Grundstoff der bekannten Getränkeflaschen, vieler Folien und Textilfasern.
- **PC (Polycarbonat)** ist ein harter, bruchfester Kunststoff und wird zum Beispiel in Wasser-kochern oder Plastikschüsseln eingesetzt.
- **PA (Polyamid)** dient als Textilfaser, wird für Seile und Schnüre verwendet, aber auch als Kochgeschirr, Zahnbürste und für Haushaltsgegenstände.

Eine umfassende Liste aller gebräuchlichen Kunststoffe findet sich zum Beispiel auf Wikipedia.

Zweitens: Dazu kommen zehntausende Zusatzstoffe

Ein Kunststoff kommt meist mit einem Namen, der mit «poly» anfängt. Das heisst: Er besteht aus einem Grundstoff, der chemisch mehrmals (poly) aneinandergehängt wird. Es entstehen lange Ketten oder Fäden. In der Theorie sehen sie aus wie Schnüre oder Spagetti, unter dem Elektronenmikroskop eher wie ein verästeltes Gebüsch.

An und in diesem Gebüsch hängen zahlreiche Blätter, Früchte und auch die eine oder andere Vogelfeder. Chemisch gesagt: Zum Grundstoff kommen zehntausende mögliche Zusatzstoffe wie Farbstoffe und Weichmacher, die oft nicht einmal genau bekannt sind.



www.giftfreie-stadt.de * ChemieBotschafter@bef-de.org

Ein Kunststoff kann zahlreiche Zusatzstoffe enthalten. © Baltic Environmental Forum

Drittens: Recycling fängt mit Sortieren an

Dieses Gemisch zu recyceln ist technisch anspruchsvoll bis unmöglich und wirtschaftlich meist nicht lohnend. Gutes Kunststoffrecycling funktioniert nur, wenn der Kunststoff wenige oder unkomplizierte Zusatz-

stoffe enthält und sortenrein vorliegt. Wenn es zum Beispiel um viele klare, durchsichtige PET-Flaschen geht, grosse Mengen der gleichen Folie oder um einen grossen Berg gleichfarbiger Kisten.

Vor der Weiterverwendung kommt deshalb Sortieren, was oft scheitert. Schwarzes Plastik wird beispielsweise in Sortieranlagen nicht erkannt und deshalb verbrannt. Aus diesen Gründen wird in der Schweiz bisher nur PET recycelt.

Konsumentinnen und Konsumenten, die ihre Plastikabfälle selbst trennen, helfen nebenbei wenig. «Wenn eine Person in der Schweiz ein Jahr lang 70 Prozent ihres Plastikabfalls in eine Separatsammlung bringen würde, entsteht ein ökologischer Nutzen, der dem Verzicht auf ein Rindsentrecôte entspricht», sagt Greenpeace, das Plastikrecycling als «Sackgasse» bezeichnet.

Recypac gibt als eines seiner Ziele an, Kunststoffverpackungen recyclingfreundlicher gestalten zu wollen und wirbt mit fortschrittlichen Trennverfahren. Es sollen auch Verbundstoffe wie Getränkekartons recycelt werden.

Viertens: Plastikrecycling ist meist Downcycling

Das, was Recycling genannt wird, ist dazu grösstenteils Downcycling. Das heisst, ein neues Produkt enthält nur einen geringen Teil des aufbereiteten Kunststoffs, weil dessen Qualität trotz allem nicht ausreicht. Aus dem Rest des Rezyklats wird vielleicht ein Abfallkübel oder Dämmmaterial. Glas hat diesen Nachteil nicht oder in viel geringerem Mass.

Recypac gibt für sein Modell an: «Rezyklat aus Plastik kann u.a. im Bau und Garten (Rohre, Dichtungen, Behälter, Blumentöpfe), in Nicht-Lebensmittelverpackungen (Reinigungsmittel), im Logistik-Bereich (Kisten, Paletten, Flaschen), in der Autoindustrie (Bauteile, Polsterungen), für Waren im Haushalt, Büro und Gewerbe (Eimer, Kleiderbügel) und in der Kleiderindustrie (Textilien, Polyester) eingesetzt werden».

Gegen die Plastikkrise: Lebensmittelverpackungen sparen, regional konsumieren

Auf einige Kunststoffe kann man nur schwer verzichten, oder der Verzicht würde andere ökologische Kosten nach sich ziehen. Ein Bereich, in dem sich einfach etwas ändern liesse, sind aber tatsächlich Einweg-Lebensmittelverpackungen. Eine Glasflasche kann bis zu 50mal befüllt werden. Sie enthält dazu keine gesundheitsschädlichen Chemikalien, die in ihren Inhalt übergehen könnten, ausser eventuell im Deckel.

Dafür ist es finanziell und ökologisch teuer, Glasgefässe zu reinigen und zu transportieren. Leichteres, bruchsischeres Glas könnte die Bilanz allerdings verschieben. Wie man superstabiles Glas fertigt, geriet zwar in Vergessenheit, die Technologie erlebt aber derzeit ein Revival (Infosperber berichtete).

Das Prinzip krankt auch am System

Für eine bessere Ökobilanz müsste sich der Markt bestenfalls weiter umbauen – hin zu einer regionaleren Transport- und Vermarktungsstruktur mit möglichst wenig Verpackung, Pfandsystemen und guten Rücklaufmöglichkeiten. Auch für Kunststoffbehälter, die dann wenigstens mehrmals genutzt würden. Die Branche ist von solchen Ansätzen eher wenig begeistert. Erste Mehrweglösungen wie Kaffeebecher gibt es aber bereits.

Ist der Ansatz von Recypac deshalb schlecht? Nein, er wird im besten Fall zu einer höheren Recyclingquote führen. Aber er löst das Grundproblem nicht: Es wird zu viel Plastik produziert, das oft nur einmal verwendet wird.



The White House via Wikimedia

**Schockierende Aussage vor dem US-Kongress:
«Amerika ist unter Biden zur grössten Kindersexhandelsorganisation
der modernen Geschichte geworden»**

uncut-news.ch, Mai 19, 2025

In einer der aufsehenerregendsten Zeugenaussagen der jüngeren US-Geschichte erhebt der ehemalige Grenzschutzbeamte **JJ Carrell** schwerwiegende Vorwürfe gegen die Regierung Biden: Die **US-Bundesregierung** sei unter Präsident **Joe Biden** und Vizepräsidentin **Kamala Harris** zur weltweit **grössten Organisation für Kindersexhandel** geworden. Dies erklärte Carrell während einer **Kongressanhörung am 19. November** – seine Worte verbreiten sich aktuell rasant in sozialen Netzwerken und sorgen für weltweite Empörung. Carrell, der **24 Jahre lang für die US-Grenzpatrouille** tätig war, schilderte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass «Tausende dieser vermissten Kinder gerade jetzt vergewaltigt werden», **bei 100 Prozent** liege. Seine Einschätzung basiert auf jahrelanger Erfahrung an der Grenze und direkten Einblicken in die humanitäre Katastrophe, die sich dort abspiele.



«Grösste Masseninvasion der Geschichte»

Carrell bezeichnete Biden als **den schlechtesten Präsidenten aller Zeiten**. Bereits am ersten Tag seiner Amtszeit habe dieser **94 Executive Orders** unterzeichnet, die die bestehende Einwanderungspolitik ausser Kraft gesetzt hätten. Das Ergebnis: Die grösste Masseninvasion, die die Vereinigten Staaten und vermutlich die Welt je erlebt hätten.

In vier Jahren seien **Hunderte Milliarden Dollar** ausgegeben worden, um rund **50 Millionen illegale Einwanderer** mit Sozialleistungen zu versorgen, so Carrell. Er warnt vor einem beispiellosen **demografischen Wandel**: Etwa **jeder sechste Einwohner der USA** sei inzwischen ohne legalen Status im Land – ein Vorgang, den er als den grössten Bevölkerungsaustausch der modernen Geschichte bezeichnete.

Gezielte Strategie – oder fahrlässiges Versagen?

Carrell ist überzeugt: **Biden und Harris setzen illegale Einwanderung gezielt als politisches Instrument ein**, um die USA langfristig zu transformieren. Parallel dazu explodierte der **Kindersexhandel**. Besonders alarmierend sei, dass viele der verschwundenen Kinder in keine offiziellen Statistiken aufgenommen würden – geschweige denn, dass ernsthaft nach ihnen gesucht werde.

Task Force gegen Menschenhandel

Inzwischen hat der zuständige Minister **Robert F. Kennedy Jr.** reagiert: Er hat eine **Task Force eingerichtet**, um die massenhaft vermissten Kinder zu finden und den Menschenhandel zu bekämpfen. Laut Carrell seien **über 550'000 Kinder** betroffen – eine erschütternde Zahl, die das Ausmass der humanitären Katastrophe erahnen lässt.

Carrells Aussage wirft ein grelles Licht auf die systemischen Versäumnisse und möglichen Verstrickungen von Regierungsstellen – und wird mit Sicherheit weiter für Aufsehen sorgen. Die zentrale Frage: **Wird irgendjemand zur Rechenschaft gezogen?**

Quelle: <https://uncutnews.ch/schockierende-aussage-vor-dem-us-kongress-amerika-ist-unter-biden-zur-groessten-kindersexhandelsorganisation-der-modernen-geschichte-geworden/>



Das 1000-seitige Gesetz birgt eine explosive Klausel, die das Durchsetzen von Gerichtsurteilen massiv erschwert. © Channel3

Das US-Repräsentantenhaus folgt Trump und entmachtet Gerichte

Es muss nur noch der Senat zustimmen. Dann ist es mit der Gewaltenteilung und der «Balance of Power» zu einem schönen Teil vorbei.

Urs P. Gasche

Gestern 22. Mai hat das US-Repräsentantenhaus mit 215 zu 214 Stimmen Trumps «One Big Beautiful Bill Act» angenommen. Schlagzeilen machen Steuersenkungen, Hunderte von Milliarden für das Militär und für die Grenzsicherheit, Streichungen von Subventionen für das Supplemental Nutrition Assistance Program und für Medicaid. Die Ärmsten in den USA erhalten weniger Essenszuschüsse und zu wenig Geld für ihre medizinische Versorgung.

Versteckt im 1000 Seiten langen Gesetzespaket ist ein Paragraph, den der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses dem Gesetz hinzufügte. «Hidden» Provision in Trump's Big Bill Could Disarm US Supreme Court titelte und warnte «Newsweek».

In einer schwer verständlichen Sprache* verbietet dieser Gesetzesparagraph, dass die Justiz jemanden belangen kann, der Verfügungen irgendeines Gerichts – einschliesslich des US-Supreme Courts – nicht respektiert. Gerichtliche Verfügungen können also ohne Folgen ignoriert werden.

Die Justizbehörden haben nicht mehr wie bisher die Möglichkeit, Beamte wegen Missachtung von gerichtlichen Verfügungen zu verurteilen.

Das Gesetz sieht eine einzige Ausnahme vor: Falls die ursprünglich klagende Partei eine finanzielle Sicherheit hinterlegt hat, müssen gerichtliche Verfügungen vollstreckt werden. Im Klartext: Klagen bleiben denen vorbehalten, die genügend Geld haben.

Doch die Klagenden, die vor Gericht beispielsweise eine Ausweisung anfechten, verfügen in der Regel nicht über die Mittel, um eine finanzielle Kautio oder Sicherheit zu hinterlegen.

«Eine schreckliche Vorstellung»

«A terrible idea» nennt es Erwin Chemerinsky, Professor und Dekan der juristischen Fakultät der University of California. Gegenüber «Newsweek» erklärte er:

«Diese Bestimmung macht die meisten bestehenden Unterlassungsverfügungen – in Kartellfällen, Fällen zur Polizeireform, Fällen zur Aufhebung der Rassentrennung in Schulen und anderen Fällen – unwirksam. Sie dient keinem anderen Zweck, als die Macht der Gerichte zu schwächen.»

Die Gerichte der US-Bundesstaaten würden von Personen nur selten das Hinterlegen einer Kautio verlangen, sagt Chemerinsky, wenn diese gegen verfassungswidrige Massnahmen von Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden eine Klage oder Beschwerde einreichen. Viele dieser Personen würden ausserdem nicht über die dafür erforderlichen finanziellen Mittel verfügen.

Seit Trumps Amtsantritt wurden Dutzende Klagen eingereicht, die seine Exekutivverordnungen und Massnahmen seiner Regierung anfechten. Laut einer Aufstellung der «Associated Press» haben Richter den Präsidenten in mindestens 82 Fällen teilweise oder vollständig blockiert.

Anfang Mai untersagte auch der Supreme Court der Regierung weitere rasche Abschiebungen von Venezolanern aufgrund des Alien Enemies Act aus dem Jahr 1798.

Bisheriger Vollzug von Gerichtsurteilen

Bis heute haben Gerichte die Macht, ihre Urteile und Anordnungen auch durchzusetzen. Sie können Bundesbeamte und auch Anwälte wegen Missachtung des Gerichts verurteilen und diese Verurteilungen gegen sie vollstrecken.

Doch wenn Trumps «One Big Beautiful Bill Act» auch vom US-Senat angenommen wird, ist ein wichtiger Pfeiler der Gewaltentrennung am Einstürzen.

*«No court of the United States may use appropriated funds to enforce a contempt citation for failure to comply with an injunction or temporary restraining order if no security was given when the injunction or order was issued pursuant to Federal Rule of Civil Procedure 65(c), whether issued prior to, on, or subsequent to the date of enactment of this section.»

CO₂-Werte steigen parallel zur Geburtenrate

Von Joachim Ng/Artikel Nr. 161 für den 28. Mai 2025 Vorlagetermin 25. Mai 2024

DER extravagante Moderator betrat die Bühne, um den Höhepunkt des Abends anzukündigen - einen Wettbewerb zwischen zwei Gruppen, die den Heroic Families Award gewinnen sollten. Er rief die erste Gruppe auf, die aus drei Paaren mit jeweils sieben Kindern bestand, die ebenfalls auf die Bühne kamen. Dann kam die konkurrierende Gruppe, bestehend aus sieben kinderlosen Paaren. Die Gewinnergruppe wird vom Publikum durch lauten Beifall bestimmt. Was glauben Sie, für welche Gruppe das Publikum am lautesten gejubelt hat?

Es handelt sich zwar um eine fiktive Veranstaltung, aber wenn sie jemals stattfinden würde, würde das malaysische Publikum zweifellos für die drei Familien mit jeweils sieben Kindern stimmen. Aber das wäre eine katastrophale Fehlentscheidung. Die sieben kinderlosen Paare verdienen den Sieg, denn ihr heldenhaftes Opfer sorgt dafür, dass die 10 Paare gemeinsam die «2er-Regel» von Mutter Natur einhalten, die besagt, dass zwei Kinder pro Paar den Mann und die Frau ersetzen. Die 21 Kinder ersetzen die 10 Paare und sorgen so dafür, dass die Bevölkerungszahl konstant bleibt. Was ist mit dem zusätzlichen Kind? Ihre Aufgabe ist es, die Kindersterblichkeit und die Personen, die sich nicht fortpflanzen, auszugleichen. Aus diesem Grund liegt die ideale Ersatzfruchtbarkeitsrate bei 2,1 (21 Kinder/10 Paare).

Im vorangegangenen Artikel haben wir festgestellt, dass Malaysia ein anhaltendes Bevölkerungswachstum begünstigt, wobei die politischen und kommunalen Führer den Abwärtstrend bei den Geburten stoppen wollen. Für diese fehlgeleitete Führung verlieren wir einen weiteren Punkt, wodurch unser Klimaüberlebenswert auf -7 Punkte sinkt.

Die menschliche Überbevölkerung ist die Hauptursache für die globale ökologische Krise, die sich in Form von Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und Umweltverschmutzung manifestiert. Der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung wird deutlich, wenn man ein transparentes Diagramm der atmosphärischen Kohlendioxidwerte (CO₂) von 1950 bis 2020 erstellt und dieses Diagramm über ein Diagramm des globalen Bevölkerungswachstums von 1950 bis 2020 legt.

Das Jahr 1950 wird von Klimaexperten als Beginn des Anthropozäns festgelegt, der Epoche bedeutender planetarischer Veränderungen als Folge menschlicher Aktivitäten. Es löst das Holozän ab, das vor 12'000 Jahren mit der Erfindung der Landwirtschaft begann. Vor der Erfindung des Ackerbaus im Jahr 10'000 v. Chr. lebten weniger als 1 Million Menschen auf der Erde. Die Landwirtschaft löste einen stetigen Bevölkerungsanstieg aus, da sie grössere Familien ermöglichte, da man nun Lebensmittel im eigenen Garten anbauen konnte. Die Bauern zeugten mehr Kinder, um die Zahl der Landarbeiter zu erhöhen, die die überschüssigen Lebensmittel für den Verkauf anbauen konnten.

Die Bevölkerung wuchs langsam, und es dauerte 5000 Jahre, bis sie im Jahr 5000 v. Chr. 5 Millionen erreichte. Zur Zeit der Geburt Jesu um das Jahr 1 n. Chr. hatte sie jedoch 200 Millionen erreicht. Die Wachstumsrate war von 1 Million pro 1000 Jahre auf 40 Millionen pro 1000 Jahre gestiegen, was die phänomenale Ausbreitung der Landwirtschaft weltweit widerspiegelt.

Zur Zeit der industriellen Revolution, die um 1750 begann, hatte die Bevölkerung 770 Millionen erreicht. Im Jahr 1800 wurden 1 Milliarde Menschen gezählt, von denen 90% in ländlichen Gebieten lebten und nur noch 10% als Jäger und Sammler in der Wildnis unterwegs waren. Um 1900 hatte die Bevölkerung 1,5 Milliarden erreicht.

10'000 Jahre lang, bis zur Zeit Jesu, lag der CO₂-Gehalt bei 260–280 Teilen pro Million. Im Jahr 1800 lag der CO₂-Gehalt konstant bei 280 ppm, aber 1820 wurde ein Wert von 281 erreicht, und um 1900 lag er bei 289. Im Jahr 1950 wurde ein Wert von 310 erreicht.

Hier sind die folgenden Zahlen:

1950 Bevölkerung 2,5 Milliarden / CO₂-Gehalt 310 ppm

2000 Bevölkerung 6,0 Milliarden / CO₂-Gehalt 369 ppm

Dies entspricht einem Anstieg des CO₂-Gehalts um 19% bei einem Bevölkerungsanstieg von 140%.

2020 Bevölkerung 7,79 Milliarden / CO₂-Gehalt 414 ppm

Dies entspricht einem CO₂-Anstieg von 33,5% bei einem Bevölkerungsanstieg von 42,8%.

2024 Bevölkerung 8,1 Milliarden / CO₂-Gehalt 426 ppm

Dies entspricht einem CO₂-Anstieg von 3% bei einem Bevölkerungsanstieg von 4%.

Die CO₂-Sprungrate hat sich eingependelt und verläuft nun parallel zur Bevölkerungswachstumsrate.

Wenn die Weltbevölkerung im Jahr 2027 auf 8,4 Milliarden ansteigt, wird der CO₂-Gehalt bei 440–445 ppm liegen, was zu einer stärkeren toxischen Verschmutzung, zunehmender Hitze und schlimmeren Stürmen führt. Wenn die Bevölkerung bis 2040 auf 9 Milliarden ansteigt, wird der CO₂-Gehalt 472 ppm erreichen. Können die Malaysier ein solches Niveau aushalten?

Alle Malaysier müssen mit einer Stimme sprechen und die Regierung dazu drängen, eine führende Rolle bei der Kontrolle der Weltbevölkerung zu übernehmen, da Malaysia für den Zeitraum 2026–2030 in die Kommission für Bevölkerung und Entwicklung der Vereinten Nationen gewählt wurde.

Zunächst einmal sollte Malaysia empfehlen, Japan und China für ihre seit Jahren rückläufigen Geburtenraten als «Helden» auszuzeichnen. Die beiden Länder haben gelernt, damit umzugehen, indem sie das Rentenalter angehoben und auf Automatisierung umgestellt haben. Südkorea hingegen sollte auf die «böse» Liste des Weihnachtsmanns gesetzt werden, weil es zwei Frauen, die jeweils 13 Kinder zur Welt gebracht haben, den Civil Merit Award verliehen hat.

Amerika sollte auf eine Liste mit hohen Zöllen gesetzt werden, weil seine Kampagne «Make America Great Again» eine noch schlimmere Wendung genommen hat, da das Weiße Haus jetzt strikt geburtenfreundlich ist und erwägt, für jedes geborene Kind einen Bonus von 5000 Dollar zu zahlen.

Der ärmste Bundesstaat Indiens, Bihar, ist mit 127 Millionen Menschen bereits überbevölkert, was zu einer hohen Jugendarbeitslosigkeit führt. Dennoch liegt die Geburtenrate bei 3,0 und damit weit über der Ersatzfruchtbarkeitsrate von 2,1. Mütter wollen fünf oder mehr Kinder um in der Landwirtschaft zu helfen.

Pakistan hat mit seinen 247 Millionen Einwohnern eine Bevölkerungsdichte von 280 Einwohnern pro Quadratkilometer, verglichen mit der Bevölkerungsdichte Malaysias von 103 Einwohnern pro Quadratkilometer. Da der Klimawandel beispiellose Überschwemmungen auslöst, die die von der Landwirtschaft abhängige Lebensgrundlage der Familien zerstören, verkaufen Eltern ihre minderjährigen Töchter zur Heirat an ältere und wohlhabendere Männer.

Ein Kontinent zieht das Klima noch weiter in den Flut- und Hitzesumpf - Afrika. Hier muss Malaysia eingreifen und helfen, den Kurs Afrikas zu steuern, denn es hat die am schnellsten wachsende Bevölkerung der Welt. Aufgrund religiöser Normen bekommen afrikanische Frauen mehr Kinder als die auf anderen Kontinenten.

In Ägypten und Algerien liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit 24% immens hoch, da die Bevölkerung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen aufgrund der hohen Fruchtbarkeitsrate von durchschnittlich 3,5 Kindern pro Frau stark ansteigt. Erst in diesem Jahr ist die ägyptische Rate auf 2,9 und die algerische Rate auf 2,6 gesunken – immer noch weit über der Ersatzrate von 2,1.

Nigeria ist eine Katastrophe. Das Land hat 36 Bundesstaaten, von denen 17 im Süden und 19 im Norden liegen. Die südlichen Staaten haben eine Fruchtbarkeitsrate von mehr als 3, und 13 Staaten haben eine Rate von mehr als 3,5. Aber es ist der Norden, der das Klima ins Trudeln bringt. Sechs der 19 nördlichen Bundesstaaten haben eine Fruchtbarkeitsrate von über 6. Frauen aus dem Norden prangern die Empfehlung der Regierung an, nicht mehr als vier Kinder zu bekommen, obwohl alle eine harte Zeit mit Familien haben, die ums Überleben kämpfen. Mädchen aus dem Norden heiraten, bevor sie 15 Jahre alt sind.

Letztes Jahr haben Forscher der Ohio State University in den USA herausgefunden, dass Kinder ohne Geschwister die beste psychische Gesundheit haben, da alle elterlichen Ressourcen und die liebevolle Fürsorge auf sie verwendet werden. Doch mit zunehmender Familiengröße verschlechtert sich die psychische Gesundheit mit jedem neuen Geschwisterkind. Dies erklärt, warum in Malaysia die beiden Bundesstaaten mit den höchsten Geburtenraten auch die höchsten Drogenabhängigkeitsraten pro 100'000 Einwohner verzeichnen. Die Gemeinde mit der höchsten Gesamtgeburtenrate verzeichnete auch die höchste Zahl von Drogenabhängigen pro 100'000 Einwohner, während die Gemeinde mit der niedrigsten Gesamtgeburtenrate die niedrigste Zahl von Drogenabhängigen pro 100'000 Einwohner verzeichnete.

Eine weitere Studie der Universität Rhode Island in den USA und der Universität Padua in Italien ergab, dass eine höhere Kinderzahl die körperliche und geistige Gesundheit der Eltern beeinträchtigt. In den meisten untersuchten Ländern wird eine höhere Kinderzahl mit schlechteren Gesundheitsergebnissen in Verbindung gebracht – insbesondere bei chronischen Erkrankungen und Depressionen. Dies könnte erklären, warum Kelantan – einer der beiden malaysischen Bundesstaaten mit den höchsten Geburtenraten – wegen des alarmierenden Anstiegs der Fälle von Vergewaltigungen Minderjähriger in Privathaushalten Besorgnis erregt.

Kinder in grossen Familien neigen eher zu kriminellen Tendenzen, vor allem wenn es sich um arme Familien handelt. Es ist bekannt, dass Kriminalität und Instabilität im überbevölkerten Norden Nigerias stärker zu

Buche schlagen als im weniger bevölkerten Süden. «Säkulare» Schulen im Norden werden häufig niedergebrannt. Im Norden gibt es viel mehr interne Konflikte, da sesshafte Bauern und nomadische Hirten um die knappen Wasser- und Landressourcen kämpfen.

Hohe Geburtenraten bedeuten auch eine hohe Zahl von Todesfällen bei der Geburt und die Aussetzung von Babys, wie es in Malaysia geschehen ist. Auch in Amerika ist dies der Fall, obwohl das Land über eine gute Infrastruktur für Gesundheitseinrichtungen verfügt. Unsere Gehirnnerven wollen, dass wir der Qualität der Kindererziehung Vorrang einräumen, weil es keine Notwendigkeit mehr für ein Bevölkerungswachstum gibt. Entweder wir handeln, oder die Natur handelt.

(Artikel wurde erhalten am 29. Mai 20229 vom Autor «Joachim Ng» aus Malaysia mit der Erlaubnis zur Wiederveröffentlichung. Der Artikel wird in der Zeitung «the Sun» bei <https://thesun.my/opinion-news/> erscheinen. Ins Deutsche übersetzt mit DeepL).

„Ein Faschist ist jemand, der die extremsten Emotionen mobilisieren will, um menschenverachtende Ziele zu verfolgen.“ M. Schlöffel

Datum	Person	Aussage
(Do) 18.02.1943	Joseph Goebbels (Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda) Sportpalastrede	„Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?“ „Darum ist die totale Kriegführung eine Sache des ganzen deutschen Volkes. Niemand kann sich auch nur mit einem Schein von Berechtigung an ihren Forderungen vorbeidrücken.“ ¹
(So) 09.07.1944	Joseph Goebbels (Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda) Leitartikel	„So erschien am 9. Juli 1944, als die Niederlage der Wehrmacht bereits nicht mehr aufzuhalten war, die nationalsozialistische Wochenzeitung Das Reich mit der Schlagzeile „Kriegstüchtig wie nur je“ . Der Leitartikel aus der Feder von Propagandaminister Joseph Goebbels beschwört die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands und verlangt, alle Kräfte der ‚Nation‘ für den ‚Sieg‘ zu mobilisieren.“ ²
(Mi) 26.07.1944	Joseph Goebbels (Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda) Rundfunkrede	„Ich verspreche dem deutschen Volke, nichts unversucht zu lassen, um in wenigen Wochen die Heimat in jeder Beziehung kriegstüchtig zu machen.“ ³
(Fr) 10.11.2023	Boris Pistorius (Bundesminister für Verteidigung)	„Die internationale Ordnung wird überall auf der Welt angegriffen. Wir brauchen daher Führungsfähigkeit, wir brauchen Wehrhaftigkeit und wir brauchen einen realistischen Blick auf die geopolitische Herausforderung, die sich uns stellen und die noch auf uns zukommen werden. Für die Bundeswehr genauso wie für unsere Gesellschaft bedeutet das: Wir müssen kriegstüchtig werden . Ich weiß das klingt hart. Ich weiß das klingt ungewohnt und viele erschreckt es. Aber ich sage das nicht unüberlegt, sondern ich sage das sehr überlegt und nicht mit Leichtfertigkeit. Die Zeitenwende war und ist ein Wendepunkt für unsere gesamte Gesellschaft. Ein souveränes Land muss in der Lage sein sich gegen äußere Feinde im Ernstfall zur Wehr zu setzen, alleine oder natürlich idealerweise kollektiv im Bündnis, so wie wir das Glück haben. Das Ziel muss es sein, es gar nicht erst zum Ernstfall kommen zu lassen – durch eine effektive Abschreckung, Krieg führen können, um keinen Krieg führen zu müssen. Und das ist kriegstüchtig. “ ⁴

¹ https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Sportpalast-Rede_von_Joseph_Goebbels

² <https://www.wsws.org/de/articles/2023/11/12/mili-n12.html>

³ <https://archive.org/details/1944-07-26-joseph-goebbels-rede-ueber-den-anschlag-auf-adolf-hitler-50m-55s>

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=e-uk1LJRvC4>; <https://www.bmvg.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664>; <https://www.youtube.com/shorts/oynzkbqz-bE>

Quelle: <https://www.facebook.com/fritz.frey>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

25.5.2025

Der internationale Rüstungswahnsinn in Zahlen

Mehr als die Hälfte der weltweiten Ausgaben für Waffen und Rüstung gaben 2024 die Nato-Länder aus.

Heinrich Frei / Martina FreiRed. – Heinrich Frei ist Vorstandsmitglied von Swisso Kalmo und setzt sich für eine nachhaltige Friedenspolitik ein.



Waffen verletzen Soldaten und Zivilpersonen. © zabelin / Depositphotos

Nie zuvor seit 1990 gaben Regierungen so viel Geld für Waffen und Kriegsmaterial aus: 7,1 Prozent aller Staatsausgaben weltweit wurden 2024 in (potenzielle) Verteidigung und/oder Angriff investiert. Pro Person und Tag macht das circa 0,92 US-Dollar.
Zum Vergleich: Etwa 690 Millionen Menschen – rund 8,5 Prozent der Weltbevölkerung – leben in extremer Armut. Ihnen stehen weniger als 2,15 Dollar pro Tag zur Verfügung.
Laut dem «Stockholm International Peace Research Institute» (Sipri) war 2024 ein beispielloser Anstieg der Militärausgaben zu verzeichnen – der stärkste Anstieg gegenüber einem Vorjahr seit dem Ende des Kalten Krieges. Die weltweiten Militärausgaben stiegen gegenüber 2023 um 9,4 Prozent auf nunmehr 2718 Milliarden US-Dollar. Das schreibt das Sipri in einem aktuellen Bericht über «Trends bei den weltweiten Militärausgaben».

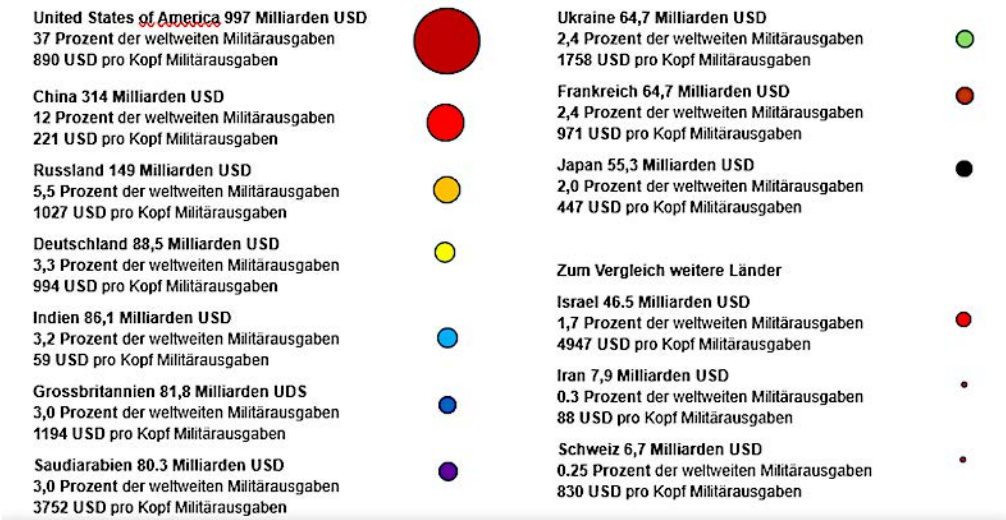
Über die Hälfte des weltweiten Militärbudgets entfielen auf die Nato-Länder

Fast die Hälfte dieses Geldes bezahlten die Menschen in den USA und China – wobei die USA 3,2-mal mehr für Waffen und andere Kriegsgeräte ausgaben als China. Etwa 80 Prozent der weltweiten Militärausgaben werden von der Bevölkerung in 15 Ländern finanziert.
Die 32 Mitgliedsländer der Nato gaben letztes Jahr laut Sipri 1506 Milliarden Dollar fürs Militär aus. Das sind 55 Prozent der weltweiten Aufwendungen. (Diese Summe weicht aufgrund etwas anderer Berechnungsmethoden von den offiziell ausgewiesenen Zahlen der Nato ab.)
Zum Vergleich: Alle afrikanischen Länder zusammen trugen 1,9 Prozent (rund 50 Milliarden Dollar) zu den weltweiten Militärausgaben bei.

Hinweis

In der folgenden Grafik wurden die Pro-Kopf Militärausgaben für einige Länder falsch berechnet, in der Tabelle ganz unten der weltweite Bevölkerungsanteil für China und die Schweiz. Wir bedauern diese Fehler sehr und werden in einem Folgeartikel die korrekten Zahlen liefern.

Schätzung der Pro-Kopf-Militärausgaben 2024



Quelle für die Bevölkerungszahlen: Wikipedia, Quelle für die Militärausgaben: Sipri. © Heinrich Frei

Forscher warnt vor erheblichen gesellschaftlichen Folgen

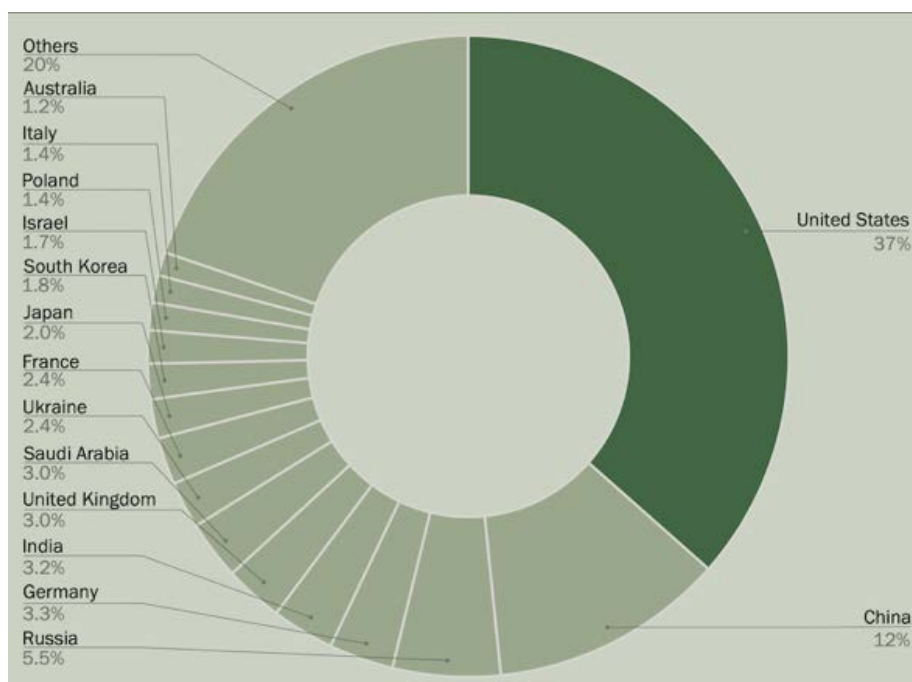
«Über 100 Länder auf der ganzen Welt haben ihre Militärausgaben im Jahr 2024 erhöht. Da die Regierungen der militärischen Sicherheit zunehmend Priorität einräumen, oft auf Kosten anderer Haushaltsbereiche, könnten die wirtschaftlichen und sozialen Kompromisse in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaften haben», so Xiao Liang, Forscher beim Sipri-Programm für Militärausgaben und Waffenproduktion.

Laut dem Sipri-Bericht habe beispielsweise Frankreich evaluiert, ob es private Ersparnisse nützen könne, um die französische Waffenindustrie zu unterstützen. Grossbritannien plane, bei der Entwicklungshilfe zu kürzen. Japan habe vor, die Einkommens-, Unternehmens- und Tabaksteuern zu erhöhen. Andere Länder schufen Extra-Fonds oder liehen sich Geld in grossem Stil, um die Ausgaben zu finanzieren.

Militarisierung von Deutschland: An vierter Stelle weltweit

«Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wurde Deutschland zum Land in Westeuropa mit den höchsten Militärausgaben, was auf den 2022 angekündigten Verteidigungs Sonderfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro zurückzuführen ist», zitiert Sipri Lorenzo Scarazzato, Forscher beim Sipri-Programm für Militärausgaben und Rüstungsproduktion. «Die jüngste Politik in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern deutet darauf hin, dass Europa in eine Phase hoher und steigender Militärausgaben eingetreten ist, die wahrscheinlich in absehbarer Zukunft anhalten wird.»

Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Italien wendeten 2024 zusammen 273 Milliarden Dollar für das Militär auf – 1,8mal mehr als Russland. Deutschland stand 2024 mit Militärausgaben von 88,5 Milliarden Dollar an vierter Stelle weltweit. Diese Rechnung gilt allerdings nur, wenn man die Waffenlieferungen an die Ukraine dem deutschen Budget zuschlägt. Würden alle Rüstungsgüter, welche die Ukraine von anderen Ländern erhielt, der Ukraine zugerechnet, dann hätte dieses Land mit 125 Milliarden Dollar bei den Rüstungsausgaben im Jahr 2024 weltweit an vierter Stelle gestanden.



Die 15 Länder mit den höchsten Militärausgaben im Jahr 2024. © Sipri 2024

Schätzung für Russland und China ist unsicher

Laut Sipri betrugen 2024 die Militärausgaben der USA 997 Milliarden US-Dollar, jene von Russland schätzungsweise 149 Milliarden USD. Allerdings schränkt Sipri ein, dass Russlands Militärbudget «zunehmend undurchsichtig» geworden sei und das Land vermutlich mehr aufwende als diese Schätzung. Schätzungsweise 19 Prozent aller Ausgaben der russischen Regierung seien 2024 ins Militär geflossen.

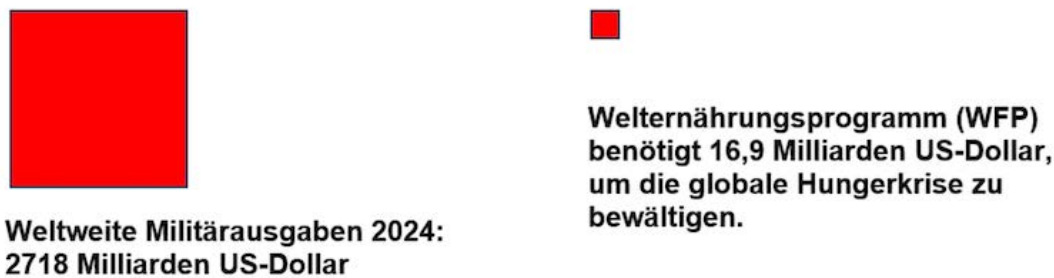
Das «Stockholm International Peace Research Institute» ist mit rund 55 Mitarbeitern der Buchhalter der Kriege, der Militär- und der Rüstungsausgaben. Finanziert wird das Sipri zur Hälfte von der schwedischen Regierung. Diese erlaubte es 2024 der schwedischen Rüstungsindustrie, für 29 Milliarden Kronen (3 Milliarden US-Dollar) Kriegsmaterial zu exportieren. Das waren 63 Prozent mehr als 2023.

Laut dem Sipri-Chef Dan Smith würden viele Länder «gravierende Lücken in ihrer Verteidigungsfähigkeit» feststellen. Er hält das aktuelle Ausmass an Aufrüstung für «vernünftig» – eine ungewöhnliche Aussage des Leiters eines internationalen Friedensforschungs-Instituts.

Land	«Rangliste» bei Militär- ausgaben	den in Militär- ausgaben 2024 in Milliarden Dollar	Steigerung gegenüber 2023 Prozent	Steigerung gegenüber in 2015 Prozent	Anteil an den weltweiten Militär- ausgaben Prozent	Anteil an der Welt- bevölkerung in Prozent
USA	1	997	5,7	19	37	4,24
China	2	[314]	7,0	59	[12]	17,58*
Russland	3	[149]	38	100	[5,5]	1,75
Deutschland	4	88,5	28	89	3,3	1,04
Indien	4	86,1	1,6	42	3,2	17,49
Grossbritannien	6	81,8	2,8	23	3,0	0,85
Saudi-Arabien	7	[80,3]	1,5	minus 20	[3,0]	0,45
Ukraine*	8	64,7	2,9	1251	2,4	0,44
Frankreich	9	64,7	6,1	21	2,4	0,85
Japan	10	55,3	21	49	2,0	1,53
Südkorea	11	47,6	1,4	30	1,8	0,65
Israel	12	46,5	65	135	1,7	0,12
...
Schweiz	37	6,7	3,1	26	0,2	0,11*
...
Philippinen	40	6,1	19	67	0,2	1,47

*Hier stand in einer früheren Version fälschlicherweise 8,96 bzw. 0,00001. Waffenlieferungen von anderen Ländern an die Ukraine wurden den Geberländern zugeordnet; Angaben in [Klammern] bedeuten ungefähre Schätzung. Quellen: Sipri, «Trends in World Military Expenditure», April 2025; CIA, «The World Factbook»

Knapp 17 Milliarden Dollar bräuchte es, um die Hungerkrise zu beheben



Ein Bruchteil dessen, was für Waffen ausgegeben wird, würde genügen, um den Hunger zu stillen.
© Heinrich Frei

Wenn nur ein Bruchteil der weltweiten Militärausgaben von 2718 Milliarden US-Dollar für Schulbildung, medizinische Behandlung und Altersversorgung eingesetzt würden, müsste niemand mehr hungern. Alle Kinder dieser Welt könnten in die Schule gehen. Jedermann könnte Hilfe erhalten, wenn er krank und alt wird. Aber nur schon bei der Finanzierung des Welternährungsprogramms (WFP) harzt es. Das WFP forderte kürzlich rund 16,9 Milliarden US-Dollar, um die eskalierende globale Hungerkrise zu bewältigen. Diese Summe entspricht in etwa dem, was Regierungen weltweit in 2,5 Tagen für das Militär ausgeben. Finanzierungslücken im Jahr 2024 zwangen das WFP, seine Aktivitäten zu reduzieren, wodurch einigen der Schwächsten nicht geholfen werden konnte. Sie verhungerten. Die Weltbank spricht von einem Stillstand bei der Armutsbekämpfung. Nach Angaben des WFP nimmt der Hunger weiter zu: 343 Millionen Menschen in 74 Ländern seien heute von akuter Unsicherheit in der Versorgung durch Nahrung betroffen – ein Anstieg von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dazu gehören 1,9 Millionen Menschen, die am Rande einer Hungersnot stehen, wobei in Regionen wie Gaza, Sudan, Südsudan, Haiti und Mali katastrophaler Hunger zu verzeichnen ist. Bisher waren die USA mit Abstand der wichtigste Unterstützer des Welternährungsprogramms. Doch die neue US-Regierung reduzierte die Unterstützung von UNO-Organisationen, was bereits katastrophale Auswirkungen hatte. (hf)



Quelle: Facebook



Jetzt merken selbst die Opportunisten der CDU, wie feige sie waren. Waffenlieferungen an Netanyahu sind nicht erst jetzt kriminell. Der tötete schon lange Kinder. Anderthalb Jahre lang wurde jeder, der das sagte, als „Antisemit“ beleidigt. Lügen haben kurze Beine.

Wann endlich stellt sich unsere Regierung konsequent dem Massenmord Netanyahus in Gaza entgegen? Ich frage Kanzler Merz: „Rührt sich in Ihnen nichts, wenn Sie sehen, wie halb verhungerte Kinder auch noch tot gebombt werden? Darf man als Christ Kindermorden tatenlos zuschauen?“





Plant Putin Krieg gegen Deutschland?
Die Bedrohungsanalysen der US-Geheimdienste 2024 und 2025 widersprechen dem ausdrücklich: Russland wolle „mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit Streitkräften der NATO.“ Merz & Co sollten aufhören, Deutschland wiederum in einen Krieg hineinzulügen.



Politiker wie Merz, Wadephul, Scholz und Pistorius sind mit schuld an der massiven Verschlechterung der Verhandlungsposition der Ukraine in den letzten 3 Jahren. Und am Tod Hunderttausender ukrainischer Soldaten. Weil diese Sofastrategen auf Wunsch der USA jeden, der verhandeln wollte, scharf kritisierten und voll auf Waffenlieferungen setzten. Sie haben die Ukraine gnadenlos verheizt. Und auch Deutschland schwer geschadet - wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Einziger Gewinner dieses Irrsinns ist die westliche Waffenindustrie. Und die USA.



Die moralische Qualität der deutschen Politik ist auf dem niedrigsten Stand seit den Nazis. Mit vielfältiger deutscher Hilfe begeht Netanjahu Völkermord, hungert Kinder aus, bombardiert Krankenhäuser, macht Gaza unbewohnbar.

Der Holocaust hat mein ganzes Leben geprägt. Unser gemeinsames Motto hieß "Nie wieder!" Jetzt macht Netanjahu Ähnliches. Und deutsche Politiker sind seine engsten Komplizen. Mit Rüstungsgütern, Staatsbesuchen und einer Einladung des obersten Kriegsverbrechers Netanyahu nach Deutschland.

1/2

Quelle: Facebook, Zitate mit „JT“ von der Seite von Jürgen Todenhöfer.
Jürgen Gerhard Todenhöfer (* 12. November 1940 in Offenburg) ist ein deutscher Politiker (ehemals CDU, seit 2020 Team Todenhöfer), Publizist und ehemaliger Medienmanager. Mehr:
https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen_Todenh%C3%B6fer

Das machtgeile Grinsen der Hierodulen

In seiner Rede zur Verleihung des Aachener Preises für Menschlichkeit verurteilt Patrik Baab eine Politik der Meinungslenkung mittels Angst und Verdummung.



Foto: Stokkete/Shutterstock.com / Donnerstag, 29. Mai 2025, 17:00 Uhr

Die Luft wird dünner für alle, die sich kritisch gegenüber der desaströsen europäischen Spannungspolitik gegenüber Russland äussern. Was die Kriegstreiber durch gerichtliche Verfolgung nicht erreichen können, versuchen sie jetzt mit «Sanktionen»: Den journalistischen Brückenbauern Alina Lipp und Thomas Röper wurde de facto die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt – ohne eine Chance, sich in einem ordentlichen Verfahren zu verteidigen. Die immer härteren Sanktionen für das Verbrechen, von den Meinungsvorgaben der Macht abgewichen zu sein, sind aber nur die Spitze eines Eisbergs. Darunter verbirgt sich ein umfassendes Umerziehungsprogramm zum Zweck der technokratischen Beherrschung und Ausplünderung der Bevölkerung – immer wieder «garniert» durch mörderische Kriege. Wirbellose Akademiker und Journalisten dienen sich indes ohne Scham den Feinden der Redefreiheit und des friedlichen Zusammenlebens der Völker an. Der Journalist Patrik Baab, der aufgrund seiner unbequemen Vor-Ort-Reportagen aus der Ostukraine ebenfalls in Ungnade gefallen ist, stellt hier eine naheliegende Frage: Sollten statt aufrechter Russland-Experten nicht ganz andere auf der Anklagebank sitzen – Menschen, die für ihre Machtambitionen sogar einen furchtbaren globalen Vernichtungskrieg riskieren?
von Patrik Baab

Preise sind vergiftete Geschenke. Denn der Preisstifter erwartet eine Gegenleistung. Er will erreichen, dass der Preisträger etwas für ihn tut. Er soll das Sprachrohr der Stifter sein und helfen, jene Öffentlichkeit herzustellen, die heute mehr denn je ein umkämpfter Raum ist. Beim Aachener Preis für Menschlichkeit soll sich der Preisträger einsetzen für Völkerverständigung, gegen Kriegspropaganda und Krieg. Damit richtet sich der Preis gegen jene, die sich heute Morgen im Aachener Dom zum traditionellen Pontifikamt der Karlspreis-Verleihung an die Präsidentin der Europäischen Union, Ursula von der Leyen, versammelt haben. In der Pressemitteilung des Internationalen Karlspreises heisst es: «Ursula von der Leyen hat ... massgeblich dazu beigetragen, Europa geeint, widerstandsfähig und handlungsfähig zu halten. Ob in der Pandemie, im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg oder bei der Stärkung der europäischen Wirtschaft – mit Entschlossenheit und strategischem Weitblick hat sie Europas Interessen vertreten und entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt.»

Vergiftete Geschenke

Selten wird so viel gelogen wie bei der Verleihung des Karlspreises. Wenn Lügen kurze Beine haben, sollten die Träger des Karlspreises Rollsplitt meiden. Sie könnten sich die Genitalien verletzen. Inzwischen ist die Maske eurokratischer Macht gefallen und die Fratze des Brüsseler Monsters deutlich zu erkennen.

Denn die EU sanktioniert nun eigene Bürger wegen angeblicher russischer Propaganda. Mit dem 17. Sanktionspaket gegen Russland richtet sie sich erstmals direkt gegen zwei deutsche Staatsbürger: Die Journalisten Alina Lipp und Thomas Röper. Ihnen wird vorgeworfen, «russische Propaganda verbreitet und durch ihre Berichterstattung zu «destabilisierenden Aktivitäten» beigetragen zu haben».

Dies ist ein gefährlicher Präzedenzfall. Denn die Massnahmen umfassen ein EU-weites Einreiseverbot und das Einfrieren von Vermögenswerten. Damit sind Thomas Röper und Alina Lipp faktisch ausgebürgert. Das alles ohne Gerichtsverfahren, ohne Anklage, ohne die Möglichkeit der Verteidigung. Dies erinnert an die trübste Epoche der deutschen und europäischen Geschichte.

Damit treibt die Brüsseler Eurokratie ihren antidemokratischen Kurs auf die Spitze. Alle diese 17 Sanktionspakete gegen Russland sind weder vom Sicherheitsrat noch von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verhängt – wie das mit der UN-Resolution 1761 vom 06. November 1962 gegen den Apartheids-Staat Südafrika der Fall war. Alle diese Sanktionspakete gegen Russland sind reine Willkürakte und damit vollständig völkerrechtswidrig.

Die Fratze der Macht

Die EU-Kommission ist ein von den Bürgern der Europäischen Union nicht gewähltes und nicht wählbares übernationales Gremium. Dieses Gremium entscheidet eigenmächtig, wen sie auf die Sanktionsliste setzt. Dabei werden als Begründung politische Kampfbegriffe verwendet, die darauf abzielen, politische Gegner, Dissidenten oder unbequeme Publizisten zu kriminalisieren. Die strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner ist aber ein klassisches Zeichen einer Diktatur.

Das Gebaren der EU-Kommission zeigt, dass wir in Europa schon lange nicht mehr in einer Demokratie leben. Eine gemeingefährliche politische Clique will das Grundgesetz und andere demokratische Verfassungen in Europa auf dem Verordnungswege aushebeln.

Der Krieg in der Ukraine wird zur Legitimation für die Arrondierung der eigenen Macht.

Seit Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine im Februar 2022 geht die EU verstärkt gegen russische Medien und Dissidenten vor. Sender wie RT oder Sputnik wurden in Europa verboten – angeblich zur Eindämmung von Desinformation. Dies ist ein Verstoss gegen Art 5 des Grundgesetzes, in dem es heisst: «Eine Zensur findet nicht statt.»

Eine solche Zensur findet sehr wohl statt. Damit agiert die EU-Kommission grundgesetzwidrig und vollständig illegal. In ihrer Selbstherrlichkeit massen sich die EU-Kommission und die EU-Regierungen an, darüber zu entscheiden, was Desinformation ist und was nicht. Dabei werden die Narrative der Kriegstreiber unhinterfragt übernommen. Ein konsequenter Schritt wäre nun die Einrichtung eines Ministeriums für Propaganda und Volksaufklärung und die Einsetzung einer EU-Schrifttums-Kammer.

Thomas Röper und Alina Lipp leben schon lange nicht mehr in der Europäischen Union. Sie befinden sich de facto in Russland im Exil. Dort kann ihnen das Geschrei aus Brüssel herzlich egal sein. Aber dies zeigt einmal mehr, wie es um die Bürgerrechte in der Europäischen Union bestellt ist. Die EU ist eine Kriegstreiber-Maschine und ein antidemokratisches bürokratisches Monster.

Die Zielpersonen

Es geht aber gar nicht um Thomas Röper und Alina Lipp. Diese beiden sind nur das Exemplum, das statuiert werden soll. Es geht um uns alle. Es geht darum, durch die Erzeugung von Angst vorauseilenden Gehorsam zu erzwingen.

In einem politischen Klima, in dem jede kritische Berichterstattung über die Ukraine sofort als «prorussisch» diffamiert wird, sind Sanktionen gegen die beiden EU-Bürger nur der Anfang.

Demnächst wird wohl unter Strafe gestellt zu sagen, dass die EU mit ihrer Ukraine-Politik vollständig gescheitert ist, dass die Sanktionen nicht wirken und zum Bumerang werden, dass die USA die Nordstream-Pipeline gesprengt haben und für Europa die Energiefalle zugeschnappt ist, dass EU-Politiker seit 2014 dabei mitgeholfen haben, den Krieg in der Ukraine zu provozieren, dass ebendiese Politiker Verhandlungen boykottiert und diesen Krieg vorsätzlich verlängert haben.

Denn eines ist klar: Wenn der Versuchsballon Alina Lipp und Thomas Röper ungehindert aufsteigen kann, dann werden morgen die Nachdenkseiten, das Overton-Magazin, die Zeitschrift Hintergrund, Multipolar, Tichy's Einblick, die Initiatoren dieses Preises, Ulrike Guérot und Patrik Baab zensiert, mit Sanktionen überzogen, mit Strafverfahren unter Druck gesetzt und ausgebürgert. Eine dahergelaufene Eurokraten-Kaste, deren Kernqualifikation darin besteht, anderen die Aktentasche hinterherzutragen, masst sich an, die parlamentarischen Demokratien durch eine neue Form der Diktatur zu ersetzen.

Aber all das ist noch zu kurz gegriffen.

In einem erweiterten Sinne geht es der eurokratischen Politik um Verhaltenslenkung, wie sie auch von Internet-Plattformen wie Amazon praktiziert wird: Kunden, die dieses Produkt gekauft haben, interessieren sich auch für diese Artikel. Durch umfassendes Meinungs-Mainstreaming soll erreicht werden, dass die Bürger Steuern zahlen und die Fresse halten.

Schon jetzt werden in der EU und im gesamten Westen missliebige Inhalte, die das Propaganda-Märchen von unprovokierten Angriffskrieg in Frage stellen, aus dem Internet gelöscht und bleiben für jene unerreichbar, welche die Realitätsprobe vor Ort nicht machen können. Jene aber, die sich auf die Realitätsprobe einlassen und vor Ort erfahren, dass die Öffentlichkeit in allen NATO- und EU-Ländern auch mit Hilfe der Medien wissentlich und willentlich belogen wird, werden als Putin-Versteher ausgegrenzt, in den Medien cancelled, aus öffentlichen Räumen ausgesperrt, in Bibliotheken zensiert, mit Berufsverbot belegt und mit Strafverfahren überzogen. Heute steht in der EU die Wahrheit unter Strafe.

Damit, so stellen sich das die Exponenten des herrschenden Parteien-Kartells vor, können sie ihre Macht sichern und die Transformation zur Fassaden-Demokratie vollenden. Dies bedeutet, dass natürlich auch künftig noch gewählt wird – aber nur die richtigen Parteien. Wenn das nicht läuft, wie es soll, müssen die Wähler erzogen, die Wahlergebnisse manipuliert, Parteien verboten, Kandidaten eingesperrt oder strafrechtlich verfolgt werden – so lange, bis der Wähler wieder brav die Figuren des herrschenden Parteienkartells wählt.

Das Ziel ist die Erzeugung von Angst, die freiwillige Unterwerfung und die umfassende Kontrolle im Überwachungs-Kapitalismus.

Die politische und wirtschaftliche Machtelite der EU befindet sich im Zustand der kognitiven Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung. Die Grundrechte existieren nur noch auf dem Papier. Die Verfassungsfeinde und Zerstörer der Demokratie sitzen im Apparat, in der bürgerlichen Mitte – und heute sitzt dieser verlogene Extremismus der Mitte im Dom zu Aachen.

Dort versammeln sich heute antidemokratischen Kräfte. Den selbstgefälligen und verlogenen Philistern, die sich im Gotteshaus einen Heiligenschein verpassen wollen, haben wir den Beginn des Ukraine-Krieges, seine Verlängerung, den Boykott der Friedensinitiative des US-Präsidenten und damit hunderttausende Tote zu verdanken.

Die Lügen und die Toten

Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und der NATO haben europäische Politiker den Putsch auf dem Maidan im Februar 2014 orchestriert, um die Ukraine in den westlichen Wirtschaftskreislauf zu ziehen und sie als ein Sprungbrett zur Zerstörung Russland hochzurüsten. Dabei feilschten sie wie auf dem Basar mit galizischen Neonazis über die Zahl der Morde, die erforderlich sein würden, damit die EU-Regierungen den

demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch aus dem Amt drängen. Man einigte sich auf etwa 100 – und so kam es auch. Fast 100 Menschen wurden von professionellen Scharfschützen-Einheiten aus Galizien, Georgien, Polen und Litauen aus den vom Rechten Sektor besetzten Gebäuden getötet. Diese Einmischung des Westens ist ein Verstoss gegen das Interventionsverbot und damit völkerrechtswidrig. Politiker wie der heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und die damalige EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton waren am Putsch in Kiew beteiligt und wussten von den Morden. Niemand wurde strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Eine Welle rechtsextremistischer Gewalt fegte nach dem Staatsstreich durch das Land, die sich gegen die russischstämmige Bevölkerung richtete. In Odessa und Mariupol wurden insgesamt weit mehr als 100 Menschen getötet, als Gebäude in Brand gesetzt wurden und Panzer in die protestierende Menge fuhren. Die Politiker der EU gingen nicht etwa auf Distanz zu den Putschisten, sondern erkannten die neue Regierung sofort an und nahmen die Morde an der russischstämmigen Bevölkerung billigend in Kauf. Damit sind sie mitverantwortlich für den Krieg in der Ukraine. Wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der Mann Washingtons in Brüssel, am 7. September 2023 vor dem EU-Parlament erklärte, hat dieser Krieg nicht im Februar 2022 mit dem russischen Einmarsch begonnen, sondern bereits im Frühjahr 2014 – mit dem vom Westen organisierten Putsch auf dem Maidan.

Im April spalteten sich die beiden Regionen Luhansk und Donezk von der Ukraine ab und bildeten eigene Staaten, ein Schritt, der in zwei Referenden im Mai 2014 bestätigt wurde. Wie immer dieser Vorgang juristisch zu bewerten ist – das Völkerrecht kennt kein Verbot von Abspaltungen gegen den Willen der Zentralregierung – wie auch das Beispiel Kosovo zeigt. Der Vergleich zwischen Donbass und Kosovo zeigt, wie der Westen mit zweierlei Mass misst und damit das Völkerrecht selbst zerstört hat. Die Werte, die er in Sonntagsreden beschwört, sind nichts wert. Sie gelten immer nur für die anderen, wenn es den eigenen Interessen nützt. Mit solchen Politikern lässt sich keine Friedensordnung errichten. Denn sie basiert niemals auf der Willkür-Herrschaft eines Hegemons und seiner Vasallen, sondern immer nur auf ausgehandelten Regeln zwischen gleichberechtigten Staaten.

Wie die frühere Bundeskanzlerin Merkel und der ehemalige französische Präsident Hollande ausgeführt haben, wurde der Friedensvertrag Minsk 2 von 2015, der durch UN-Beschluss völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangt hat, nur abgeschlossen, um der Ukraine Zeit zur Aufrüstung zu verschaffen. Mit dem Unterlaufen des Minsker Abkommens sind auch die Garantiemächte Deutschland und Frankreich verantwortlich für mehr als 14'000 Tote im Krieg in der Ostukraine, ein Vorgang, der als Völkermord bezeichnet werden kann. Denn der Krieg der Putschregierung richtete sich gegen die russischstämmige Bevölkerung und diente dazu, eine ethnisch reine Ukraine gewaltsam zu erzwingen. Damit hat die Putschregierung in Kiew das Gewaltverbot der UN-Charta verletzt. Dafür sind auch die beiden Garantiemächte verantwortlich. Auch diese westlichen Politiker haben sich im völkerrechtlichen Sinne strafbar gemacht.

Die russischen Vertragsentwürfe über Sicherheitsgarantien vom 17. Dezember 2021, am Vorabend des Einmarsches, gerichtet an die NATO und die USA, wurden von beiden zurückgewiesen. Stattdessen haben die USA die Ukraine im September und Dezember 2021 heimlich hochgerüstet, weil sie mit einem Krieg auf dem Boden der Ukraine die Russische Föderation schwächen wollten. Gleichzeitig hat die ukrainische Armee ihre Kräfte im Donbass massiert und den Beschuss der Zivilbevölkerung vervielfacht. Dies geschah unter Aufsicht der CIA, die seit 2015 dort mindestens 12 geheime Stationen betrieb. Deshalb hat Moskau die beiden separatistischen Republiken Lugansk und Donezk als selbständige Staaten anerkannt. Danach richteten die neu anerkannten Staaten ein Hilfsersuchen an die Russische Föderation. Dem hat der Kreml stattgegeben.

Der Verdacht liegt nahe, dass die NATO und ihre Führungsmacht die Russen in die Ukraine locken wollten, um ihnen dort eine Niederlage zuzufügen. Dieser Krieg ist alles andere als ein unprovoked Angriffskrieg, wie uns die EU-Kommission und die führenden EU-Cliquen glauben machen und mit Strafandrohungen durchsetzen wollen.

Die Friedensgespräche in Istanbul im März 2022, die bereits ein detailliertes Ergebnis gebracht hatten, wurden vom Westen blockiert. Dies wissen wir aus gleichlautenden Berichten der Ukrainska Pravda, der Londoner Times und des Guardian, die auf voneinander unabhängigen Quellen beruhen. Der damalige britische Premier Boris Johnson handelte bei seinem Überraschungsbesuch in Kiew in Absprache mit Washington. Zelenskij wurde unter Druck gesetzt, die Gespräche zu stoppen und weiterzukämpfen. Damit sind auch europäische Politiker verantwortlich für hunderttausende Tote. Wir liefern die Waffen, ihr liefert die Leichen – das beschreibt das zynische geopolitische Spiel, in dem die von der Leyens dieser Welt und die Dombesucher da drüben die Menschen in der Ukraine behandeln wie Kanonenfutter, deren Leben nichts wert ist, weil sie für die Interessen anderer sterben sollen – wie Untermenschen.

Die Friedensinitiative von US-Präsident Donald Trump, die zu Telefonaten mit Putin, zu Gesprächen mit der russischen Seite in Riad und zu russisch-ukrainischen Verhandlungen in Istanbul führten, haben Deutschland, Frankreich, Polen und das Vereinigte Königreich aktiv hintertrieben. Vier europäische Mächte arbeiten damit auf die Verlängerung des Krieges hin. Die Regierungschefs dieser Länder vergehen sich damit am Friedensgebot des Grundgesetzes, an den Leitideen der Europäischen Union und an der UN-Charta. EU

und NATO wollen die Ukraine bei der gewaltsamen Rückeroberung von Gebieten, deren friedliche Eingliederung die ukrainische Führung mit Unterstützung des Westens hintertrieben hat.

Die sich hier Preise herumreichen, wie man sich in der Metzger-Innung die Preise für die beste Fleischwurst herumreicht, haben Blut an ihren Händen. Ihr müsst diesen Figuren nur ins Gesicht sehen: eine ehemalige Aussenministerin, die auf dem Niveau kindlichen Spracherwerbs stehengeblieben zu sein scheint; die Vertreterin eines baltischen Zwergstaates, die ihre englischen Texte ablesen muss und ausser Russophobie nichts zu bieten hat; eine sogenannte Präsidentin aus alter faschistischer Linie, die sich jeglicher Friedens-Initiative verweigert und damit das Friedens-Projekt Europäische Union, dem sie vorzustehen sich anmasst, ruiniert.

Die Hierodulen des Krieges

Hierodulen – das waren in der Antike Tempelhuren. Heute haben wir es zu tun mit den Hierodulen des Krieges. Alle diese Frauen sind nach oben gelangt mit Unterstützung transatlantischer Organisationen. Es galt dabei der Satz der Schauspielerin Heidi Kabel: «Die Emanzipation ist dann vollendet, wenn auch eine total unfähige Frau in eine verantwortliche Position aufrücken kann.» Es ging der CIA und ihren Vorfeld-Organisationen vor allem darum, dafür zu sorgen, dass sich die Ereignisse des Jahres 2003 nicht wiederholen. Damals hatten sich der französische Staatspräsident Jacques Chirac, der russische Präsident Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder geweigert, am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von George W. Bush und Tony Blair gegen den Irak teilzunehmen. Dies sollte sich nicht wiederholen. Um die politischen Eliten in Europa auf Linie zu bringen, wurde massiv Einfluss genommen auf den akademischen und politischen Nachwuchs.

Die Propaganda-Apparate der US-Regierung haben sich einfach die Tatsache zunutze gemacht, dass Frauen jahrelang das Nachsehen hatten, und der beruflichen Gleichstellung einen entsprechenden Spin gegeben. Das erreicht man mit Stipendien, Studien-Aufenthalten, Einladungen zu Kongressen, Informationsreisen, Aufnahme in pro-amerikanische Institutionen, Verbände und Stiftungen, Vermittlung von Kontakten. Natürlich erreicht man so vor allem jene, deren Geltungsdrang die persönliche Eignung überragt, welche genau deshalb die Förderung des grossen Bruders gerne annehmen, weil sie wissen oder ahnen, dass sie aus eigener Kraft nie in ein Spitzenamt aufsteigen könnten.

Heute leben wir mit den Folgen. Die Förderung zweitrangiger Anpassler und transatlantisch korrumpierter Vasallen hat Europa in eine Kakistokratie geführt – in eine Herrschaft der Dümmeren und Schlechtesten. Eine Clique von Personen, welche die Folgen des eigenen Tuns nicht überblicken können, lässt sich mit den Worten von General Harald Kujat charakterisieren durch die «Drei-I-Strategie»: Inkompetenz, Ignoranz und Ideologie. Weil sie nichts wissen und nichts können, aber vor allem an sich selbst interessiert sind, hüllen sie ihre Interessen- und Machtpolitik in eine Pseudo-Moral, die nichts wert ist, weil sie auf doppelten Standards beruht. Aber historisch gesehen gewinnen die Moralisten immer. Denn sie bieten die einfachen, infantilen Lösungen an, welche die selbsternannten Leitmedien, die Helfershelfer der Propaganda, gerne verbreiten.

Die Kopflanger des Krieges

Wer sich den Kriegshetzern nicht beugt, wird als Putin-Versteher gebrandmarkt, verliert seinen Job oder wird finanziell ruiniert. Auch dieser Prozess ist orchestriert. Denn heute steckt die EU Milliarden Euro in Programme zur «Wertevermittlung» – man könnte auch sagen zur öffentlichen Meinungslenkung und Gleichschaltung der Öffentlichkeit. Das Förderprogramm «Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte» (CERV) stellt zwischen 2021 und 2027 rund 1,5 Mrd. Euro bereit. Das Geld geht an sogenannte GONGO's – Government organized non-government Organizations – und Thinktanks, die gezielt Narrative im Sinne der EU verbreiten.

Der Thinktank Friends of Europe gibt an, den «Kampf um die Herzen und Köpfe» in Europa zu führen – natürlich gegen russische Propaganda. In Rumänien wurde die Präsidentschaftswahl 2024 vom Verfassungsgericht annulliert – wegen angeblicher russischer Einflussnahme, ohne handfeste Beweise. Der führende Kandidat Calin Georgescu wurde verhaftet und ausgeschlossen, angeblich wegen massiver Unterstützung über TikTok-Kanäle. Die Stichwahl gewann der proeuropäische Kandidat Nicusor Dan – nach massivem EU-Einfluss.

In Ländern wie Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien investiert die EU zunehmend in Programme gegen Extremismus und EU-Skepsis. Aus dem Projekt Blue4EU flossen 375'300 Euro an die Babes-Bolyai-Universität in Rumänien. Das Ziel war, junge Menschen gegen «extremistische und Anti-EU-Bewegungen» zu immunisieren und zu «Verfechtern der europäischen Idee» zu machen. Auch dies ist gezielte Beeinflussung.

Träger dieser Propaganda- und Zensur-Kultur ist das akademische Prekariat. Es sind jene, deren Kernqualifikation darin besteht, dass sie anderen den Kaffee nachgeschenkt haben. Vom tatsächlichen Arbeitsleben im digitalen Kapitalismus wissen sie nichts.

Mehr als die Hälfte eines Jahrgangs studiert in Deutschland. Diese Studienabgänger müssen untergebracht werden. Sie landen als freie Mitarbeiter bei Presse und Rundfunk, in Projektarbeit bei NGO's oder auf zeitlich befristeten Verträgen in irgendwelchen Thinktanks. Ihr Auto läuft nicht auf Rädern, sondern auf Wechseln, ihre Wohnung muss abbezahlt werden, das erste Kind ist unterwegs. All diese Leute eint die prekäre Beschäftigung bei gehobenen Ansprüchen an Lebensstandard und Karriere. Sie werden alles tun, um dem Versprechen eines gutsituierten bürgerlichen Lebens näherzukommen.

Und währenddessen bleibt eine Person von Kritik weitgehend verschont: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie verhandelte diskret Milliardenverträge über Impfstoffe per SMS, deren Inhalt bis heute nicht vollständig offenliegt. Sie blockiert Aufklärung und Akteneinsicht. Sie betreibt Machtpolitik jenseits aller demokratischer Kontrolle. Ihr Mann, Heiko von der Leyen, ist seit 2020 medizinischer Direktor des Biopharma-Unternehmens Orgenesis, das auf Zell- und Gentherapien spezialisiert ist. Wenn also jemand wegen destabilisierender Aktivitäten sanktioniert werden müsste, dann nicht Alina Lipp und Thomas Röper, sondern Ursula von der Leyen, die Frau, die mit Intransparenz, Alleingängen und Machtgier die Institutionen der EU destabilisiert.

Propaganda-Presse

Aber dazu haben Propaganda-Presse und die Lohnschreiber des Todes nichts zu sagen. Die selbsternannten europäischen Qualitätsmedien haben sich der NATO-Propaganda vollständig unterworfen. Die Menschen in Europa wollen Frieden; aber die Presse hetzt für den Krieg.

Die Schreibtischbewohner in den Redaktionen schreiben, was der Chefredakteur lesen will; denn sie sind freie Mitarbeiter, werden nach Zeilen oder Sendeminuten bezahlt und wollen auch morgen wieder einen Auftrag bekommen. Sie fassen in Worte, was die Eigner der Zeitungen und Medien verbreiten wollen; denn die Herausgeber und Eigentümer haben die Richtlinienkompetenz und entscheiden über die politische Linie eines Blattes. Jungredakteure passen sich an das redaktionelle Meinungsklima, das geprägt ist von jenen missratenen Nachkommen des gehobenen Bürgertums, die einmal den Aktienfonds der Eltern erben werden, und damit auch profitieren von den steigenden Börsenkursen der Rüstungsaktien.

In respektvollem Konformismus machen sie sich die Arbeit einfach, indem sie voneinander abschreiben; ihre Informationen beziehen sie ungeprüft aus dem Internet und finden dort doch weniger die Wirklichkeit als das, was den Upload-Filter von Konzernen und Geheimdiensten passiert hat und was die Mächtigen dieser Welt veröffentlicht und verbreiten wollen.

Die Intellektuellen, oder das, was davon übriggeblieben ist, die Akademiker, sind so zu direkten Agenten der Kriegstreiber geworden.

Personalisieren, skandalisieren, emotionalisieren – das ist heute die Strategie der Mainstream-Medien. Primitivste russophobe Emotionen werden geschürt, die andere Seite dämonisiert, Falschmeldungen des MI6 werden kritiklos verbreitet, Reporter wie Stefan Locke von der FAZ lügen durch Weglassen. Aber um Information geht es schon lange nicht mehr. Wir sind im postfaktischen Journalismus angekommen. Leichter als mit Information lässt sich mit Ressentiments Geld verdienen. Das bindet die Aufmerksamkeit der Nutzer viel schneller, mobilisiert primitive Ausländerfeindlichkeit, Russophobie und Kriegshetze, heizt Aggressionen an und schiebt Emotionen vor den Verstand, steigert so Klickzahl und Quote und hilft, die Werbeeinnahmen nach oben zu treiben. Das Ergebnis ist eine infantalisierte Öffentlichkeit bedingter Reflexe. Der Abschied vom demokratischen Diskurs zugunsten einer digital aufgeheizten Öffentlichkeit der Hysterie und der Ressentiments bildet das Ferment neuer Kriege.

In seinem Stück «Turandot oder die Weisswäscher» lässt Bertolt Brecht eine Figur sagen:

«Die Gedanken, die man hier kauft, stinken. Man verkauft Meinungen wie Fische, und so ist das Denken in Verruf gekommen.»

Das akademische Prekariat in den Universitäten, in den Schulen, den Kirchen, den Medien, den NGO's ist der soziale Träger von Propaganda und Zensur. Dies führt zur Gleichschaltung der ideologischen Apparate. Denn die Kernqualifikation dieser Leute besteht darin, heute schon zu wissen, was ihr Chef morgen wünschen könnte. Genau so funktioniert vorseilender Gehorsam. Was wir heute erleben, das ist das vollständige Versagen der Intellektuellen. Sie sind degeneriert zu unmündigen Kretins, zu Speichelleckern der NATO.

Die Schlafwandler

Die Menschen in Deutschland nehmen die Zerstörung der grundgesetzlichen Demokratie nicht nur hin. Es handelt sich nicht nur um eine Öffentlichkeit, die durch die Corona-Inszenierung erschöpft ist. Die Menschen jubeln den Kriegshetzern zu.

Offensichtlich haben wir es zu tun mit einem blockierten Konflikt. In der digitalen Ökonomie gehen die Pionier-Unternehmer der Internet-Plattformen, also der Unternehmen, die nicht mehr auf Märkten handeln, sondern die selbst der Markt sind, auf dem gehandelt wird, mit ihren Konsumenten eine Allianz ein. Deshalb entwickelt sich kein Potential sozialer Proteste, der Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit wird praktisch eingefroren.

In der Vergangenheit sahen sich alle Träger sozialer Veränderungen als Kämpfer für eine bessere Zukunft. Die neoliberale Umstrukturierung der Produktion, die damit verbundene Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse und die Rückverlagerung von Lebensrisiken von der sozialstaatlichen Ebene auf den Einzelnen führt dazu, dass sich der abhängig Beschäftigte vornehmlich als Konsument oder Kunde sieht, der selbst für seine Lebenschancen verantwortlich ist. Damit erlahmt das Verlangen nach kollektiven Schutzrechten.

Im digitalen Kapitalismus ist dann der Konflikt in einem grundlegenden Sinn blockiert. Denn die politischen Subjekte werden in ihrer Rolle als Arbeitende systematisch ausgebeutet und enteignet, indem sie in prekärer Beschäftigung Produkte herstellen, die von den Unternehmen angeeignet und weiterverkauft werden, während der Profit im Unternehmen bleibt.

Gleichzeitig werden sie aber als Konsumenten digitaler Medien durch vordergründige Umsonst-Angebote subventioniert, die sie natürlich mit dem Transfer ihrer Daten bezahlen. Die Gewöhnung an die individualisierte Konsumenten-Rolle und die Privilegierung passiven Rezipienten-Verhaltens im digitalen Kapitalismus sorgen dafür, dass die sozialen Gegensätze und originären Interessen der abhängig Beschäftigten nicht mehr oder nur sehr schwer in einem politischen Kollektiv formuliert werden.

Die Politik stellt sich auf die Passivierung der Individuen ein und versucht genauso wie die Plattform-Ökonomie, davon zu profitieren. Hier geht es vor allem darum, zu einer Aggressionsverschiebung zu gelangen. In allen vom Neoliberalismus umgepflügten Gesellschaften herrscht eine ungeheure Wut. Sie ist den sozialstaatlichen Kürzungen, der sogenannten Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, der Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, der kontinuierlichen Leistungsverdichtung und der systematischen Schwächung sozialer Gegenmacht geschuldet. Wenn die Verantwortung für Lebensrisiken zurückverlagert wird von der sozialstaatlichen Ebene auf die Individuen, so löst dies Angst, Unsicherheit und Wut aus.

Dies wissen auch die Machteliten, denn ihre Entscheidungen waren in der Vergangenheit genau für diesen Angst- und Aggressionsstau verantwortlich. Nun richtet sich ihr Bemühen darauf, dass die Wut in weiten Teilen der Bevölkerung von ihnen selbst abgelenkt wird und in Umleitungen kanalisiert wird. Deshalb benötigen sie Surrogate, die als Fluchtpunkt von Wut und Aggression herhalten können.

Daher mobilisieren die Machteliten den Zorn der Bevölkerung auf Minderheiten wie Flüchtlinge oder auf einen äusseren Feind, der von den inneren Konflikten ablenken soll: Die Russen. Das bedeutet: Die Mächtigen brauchen den Krieg gegen Russland zur Stabilisierung ihrer eigenen Herrschaft nach innen.

Genau dafür ist der Krieg ein geeignetes Mittel. George Orwell hat darauf hingewiesen, dass ein Krieg sich längst nicht nur gegen den äusseren Feind richtet. Er dient den Machteliten auch dazu, ihre eigene Macht zu sichern und zu stabilisieren, indem die Ängste auf einen äusseren Feind verschoben werden.

Die Blockierung des sozialen Konflikts durch die scheinbaren Umsonst-Angebote des digitalen Kapitalismus, die gezielte Aggressionsverschiebung vom realen inneren Gegner auf den virtuellen äusseren Feind, die Dauerberieselung durch die Propaganda-Medien und die kognitive Kriegsführung der NATO zeigen angesichts eines neuen Krieges eine sedierende Wirkung.

Am Rande einer drohenden Katastrophe bewegt sich die Bevölkerung schlafwandelnd in einer Apokalypse-Blindheit und verfällt einer seltsamen Amnesie: Die Deutschen dösen in den Untergang. Von dem Dichter Bertolt Brecht stammen die Zeilen: «Hinter der Trommel her trotten die Kälber. Das Fell für die Trommel, das liefern sie selber.»

Tempelreinigung

Alle vier kanonischen Evangelisten berichten von einer Tempelreinigung. Bei dreien von ihnen – Matthäus, Markus und Lukas – steht diese Erzählung am Anfang der Leidensgeschichte Jesu Christi. Als Jesus im Tempel von Jerusalem die Tische der Geldwechsler und die Stände der Taubenhändler sah, da sagte er: «In der Schrift steht: Mein Haus soll ein Haus des Gebetes sein. Ihr aber macht daraus eine Räuberhöhle.» Da machte Jesus eine Geissel aus Stricken, stiess die Tische der Geldwechsler um und trieb sie hinaus.

So braucht auch der Dom zu Aachen eine Tempelreinigung. Denn die heute dort sitzen, haben aus dem Dom eine Räuberhöhle gemacht. Es wird Zeit, dass die Kriegstreiber hinausgejagt werden, hinaus in jenen Krieg, in dem sie andere für sich sterben lassen wollen.

Sie haben den Aachener Dom entweiht. Sie haben ihn zu einem Ort der Propaganda, der journalistischen Strauchdiebe und der Kriegsprofiteure gemacht. Im Aachener Dom sassen heute jene, deren Börsenkurse steigen, wenn die Ukrainer fallen.

Man darf vermuten, dass die Idee, Alina Lipp und Thomas Röper zu sanktionieren, in Berlin ausgebrütet wurde. Dies wiederum zeigt: Das herrschende Parteien-Kartell ist gewillt, sich um jeden Preis an die Macht zu klammern. Wir müssen damit rechnen, dass dann, wenn das herrschende Parteienkartell weiter an Zustimmung verliert, die Kriegstreiber bei CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken gemeinsam mit einer Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages den Spannungsfall erklären. Nach § 80a des Grundgesetzes soll dies eine gesteigerte Verteidigungsfähigkeit ermöglichen. Der Spannungsfall ermöglicht es, auf dem Verordnungswege die Grundrechte weitgehend einzuschränken – durch Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Mel-

depflichten und sonstige Auflagen. Das herrschende Parteienkartell schickt sich an, die letzten Reste der Demokratie auszuhebeln.

Deshalb kann die Clique der Kriegstreiber nur vollständig abgewählt werden. Die Bundesrepublik Deutschland täte gut daran, das Monster Europäische Union so schnell es geht zu verlassen und aus der NATO auszuschneiden. Denn die Kosten des Krieges in der Ukraine sind noch nicht bilanziert. Es werden viele hundert Milliarden sein, die dann in der EU vergemeinschaftet werden. Deutschland ist der grösste Nettozahler der EU. Deshalb wird der deutsche Steuerzahler den Krieg in der Ukraine bezahlen.

Am 9. Mai, dem Tag der Befreiung von der Hitler-Diktatur, haben die heutigen Kriegstreiber in Lwiw eine Erklärung zur Schaffung eines Sondertribunals gegen die Verantwortlichen der russischen Aggression unterzeichnet. 20 Aussenminister der EU haben unterschrieben. Dies ist ein weiterer Eskalationsschritt, der darauf abzielt, einen sinnlos provozierten Krieg, um Jahrzehnte zu verlängern und die Friedensbemühungen der USA zu vereiteln. Dies dient dazu, Russland zu Reparationen zu verurteilen und dann die gestohlenen russischen Auslandsguthaben von fast 300 Mrd. Euro für den Krieg zu verwenden.

Abgesehen einmal davon, dass dieser Strafgerichtshof weder vom Sicherheitsrat noch von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wird und er damit illegal und völkerrechtswidrig ist und einen reinen Willkürakt darstellt, habe ich für die Kriegstreiber im Dom zu Aachen einen Vorschlag.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heisst es in Artikel 20:

«Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat... Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmässige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.»

Die EU-Kommission hat sich grundgesetzwidrig verhalten.

Im Strafgesetzbuch steht – § 80 StGB unter Bezug auf Artikel 26 des Grundgesetzes – Verbot eines Angriffskrieges:

«Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.»

Auch dagegen haben führende Politiker Deutschlands und der EU verstossen.

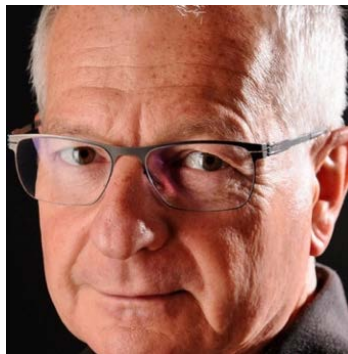
Insbesondere Ursula von der Leyen hat wesentlich dazu beigetragen, das Friedensprojekt Europäische Union in eine Kriegsmaschine zu verwandeln. Sie hat Europa nicht geeint, sondern gespalten. Sie vertritt nicht die Interessen der Menschen in Europa, sondern die einer kleinen, russophoben und kriegsgeilen Kakistokratie. Sie hat die EU nicht gestärkt, sondern wirtschaftlich und finanziell ruiniert und zu einem Hinterhof der USA, aber auch Russlands gemacht.

Sie hat wesentlich dazu beigetragen, aus der EU ein Monster zu machen, das die bürgerlichen Freiheitsrechte zerstört und seine Bürger in die Sklaverei einer neuen Diktatur führt, mit strafrechtlicher Verfolgung politischer Gegner und umfassender Zensur.

Sie hat wesentlich dazu beigetragen, den Krieg in der Ukraine zu verlängern, Friedensgespräche zu boykottieren und ist damit mitverantwortlich für hunderttausende Tote. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, einen Angriffskrieg vorzubereiten und Europa an den Rand eines Atomkriegs zu bringen.

Ich fordere deshalb die Verhaftung von Ursula von der Leyen. Die Hierodulen des Krieges müssen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Nicht Thomas Röper und Alina Lipp, sondern Ursula von der Leyen und Kaja Kallas müssen mitsamt ihren Helfershelfern in den Propaganda-Medien ausgebürgert werden. Der Internationale Strafgerichtshof sollte ihnen den Prozess machen wegen Beihilfe zum Völkermord.

Patrik Baab



Patrik Baab ist Politikwissenschaftler und Publizist. Seine von den Propaganda-Medien angegriffene Reportage «Auf beiden Seiten der Front. Meine Reisen in die Ukraine» (2023) wurde ein Bestseller. Daneben schrieb er «Propaganda-Pressen. Wie uns Medien und Lohnschreiber in Kriege treiben» (2024), «Recherchieren. Ein Handbuch zur Kritik der herrschenden Meinung» (2022) und «Im Spinnennetz der Geheimdienste. Warum wurden Olof Palme, Uwe Barschel und William Colby ermordet?» (2017). Seine Bücher, Artikel und Interviews wurden in mehrere Sprachen übersetzt.

Quelle: <https://www.manova.news/artikel/das-machtgeile-grinsen-der-hierodulen>

Anmerkung auf Wunsch des Herausgebers:

Gesendet: Freitag, 30. Mai 2025 um 09:05

Von: Jana "Pfligersdorffer" jana.pfligersdorffer@manova.news

Betreff: Fwd: Kopierecht-Anfrage

Lieber Herr Wolf,

vielen Dank für Ihre Anfrage. **Wir sind mit der Übernahme einverstanden, wenn Sie den Hinweis anfügen:****«Dieser Beitrag erschien am 29. Mai 2025 auf Manova.news <https://www.manova.news/artikel/das-machtgeile-grinsen-der-hierodulen>****Wir danken für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.»**

Herzliche Grüsse

Jana Pfligersdorffer

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

2.6.2025



Mikroplastik wandert von der Luft ins Meer - und zwar in erheblichem Ausmass. © CCNull

Ozeane saugen viel Plastik aus der Luft**Bisher dachte man, Mikroplastik in der Luft stamme zum grössten Teil aus dem Meer. Stimmt nicht, sagt jetzt eine neue Studie.**

Daniela Gschweng

Die Menschheit produziert und nutzt enorme Mengen Plastik. Ein guter Teil davon wird achtlos weggeworfen und landet im nächsten Gewässer, wo er zu Mikroplastik zerfällt. Die Plastikteilchen gelangen über Wind und Gischt dann in die Luft. Das war zumindest bisher die Vermutung.

Ein internationales Forschendenteam kehrt die Theorie um: Die Ozeane schlucken etwa 15 Prozent der Mikroplastikteilchen in der Luft, schätzen die Forschenden aus Shanghai, Hamburg und Colorado.

Überraschende Wende in der Forschung

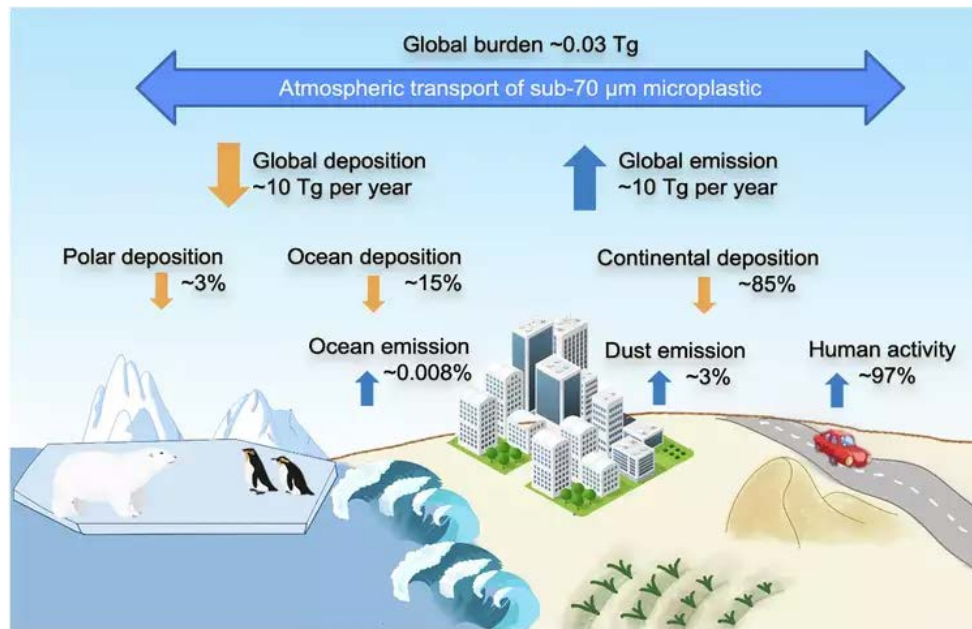
Am Max-Planck-Institut für Meteorologie versuchten sie mit einer dreidimensionalen Modellierung, den Wege der Plastikteilchen auf der Erde nachzuvollziehen. Die Meere nehmen mehr Mikroplastik auf, als sie Plastikpartikel abgeben, stellen sie in ihrer im Magazin «npj Climate and Atmospheric Science» veröffentlichten Arbeit fest.

Das ist neu. Bisher ging man davon aus, dass ein merklicher Teil der winzigen Teilchen über Gischt in die Luft gelangt. Zwei vorausgehende Studien gingen sogar davon aus, dass 93 Prozent des Mikroplastiks in der Atmosphäre aus den Ozeanen stammen. Laborversuche, die die Aerosolbildung in der Gischt simulierten, kamen jedoch zu anderen Ergebnissen. Und zwar gleich um mehrere Grössenordnungen.

Ursprung und Wege des Mikroplastiks

Nach der neuen Studie wandert nur etwa 0,0008 Prozent des globalen Mikroplastikaufkommens vom Meer in die Luft, aber ungefähr 15 Prozent aus der Luft in die Ozeane.

Die kleinen Plastikpartikel entstehen in erster Linie in dicht bevölkerten Gebieten an Land. Mikroplastik wird dann über die Wasserläufe ins Meer gespült, wo es weite Wege zurücklegen kann. Kleidungsfasern beispielsweise wandern mit Meeresströmungen bis zu den Polen (Infosperber berichtete). Mikroplastik in der Luft kann ebenfalls weit reisen. Wie mobil die Kleinstteilchen sind, hängt von ihrer Form und Grösse ab. Grössere Partikel setzen sich schon über Land oder an der Küste ab. Kleinere Teilchen können bis zu einem Jahr in der Luft bleiben und sich dann sogar auf dem Schnee der Arktis ablagern. Über Ballungsgebieten wie dem Südosten der USA, Indien, dem Nahen Osten oder Südostasien ist die Mikroplastikkonzentration trotzdem am höchsten.



Globaler Austausch von Mikroplastikpartikeln unter 70 Mikrometern zwischen Erdoberfläche und Atmosphäre © Yang et al., npj

Millionen Tonnen Mikroplastik wandern in die Ozeane

Welche absoluten Plastikmengen aus der Luft in die Ozeane wandern, können die Forschenden nur schätzen. Nach ihrer Rechnung könnte es um hunderttausende oder sogar mehrere Millionen Tonnen Mikroplastik gehen, schreibt das Max-Planck-Institut in einer Zusammenfassung.

Die Ergebnisse der Modellierung könnten helfen, Strategien gegen Mikroplastikverschmutzung zu verbessern, so die Forschenden in ihrem Resümee. Die Rechnung wurde bisher nicht durch praktische Versuche bestätigt, die errechneten Werte stimmen aber mit aktuell gemessenen Konzentrationen überein.

«Wie man in diesen einfachen Schritten einen Krieg mit Russland beginnt: Fragen Sie einfach Merz' Deutschland»

Die Wahrscheinlichkeit eines deutsch-russischen Krieges sei mit dem neuen Bundeskanzler Friedrich Merz gestiegen und die Wahrscheinlichkeit eines Friedens in der Ukraine geringer, schreibt der deutsche Historiker Tarik Cyril Amar auf «RT».

Eine deutsch-russische Konfrontation erachtet er als verheerend.

31. Mai 2025 von KD

«Wenn du in einem dunklen Loch steckst, grabe tiefer, vor allem noch tiefer als der schwache deutsche Ex-Kanzler Olaf Scholz.» Das scheint laut dem deutschen Historiker Tarik Cyril Amar das neue Motto in Berlin zu sein. Auf RT schreibt er, unter dem neuen «Missmanagement» von Friedrich Merz habe sich die deutsche Regierung eindeutig zum Ziel gesetzt, das derzeitige «miserable Nicht-Verhältnis» zu Russland zu verschlechtern. Das sei ein traurig ehrgeiziges Ziel, denn die Lage sei schon jetzt so schlecht wie seit 1945 nicht mehr.

Amar zufolge geben sich Merz und sein Team aber offenbar nicht damit zufrieden, eine Schlüsselrolle in einem Stellvertreterkrieg gegen Russland zu spielen, der ein ruinöses Fiasko sei – nicht für die russische Wirtschaft, sondern für die deutsche. Er weist darauf hin, dass die deutschen Mainstream-Medien noch im

Februar 2023 berichteten, dass der Krieg das BIP um 2,5 Prozent geschmälert habe. Dabei müsse man bedenken, dass Deutschlands jährliche BIP-Wachstumsrate beziehungsweise Rückgangsrate zwischen 2022 und 2024 zwischen -0,3 Prozent (2023) und +1,4 Prozent schwankte. Der Historiker weiter:

«Doch anstatt aufrichtig – und endlich – zu versuchen, diesen Krieg gegen Russland über die Ukraine mit Hilfe der Diplomatie zu beenden, geht das Merz'sche Berlin nun das Risiko ein, den derzeitigen Schlamassel in den Albtraum eines direkten militärischen Zusammenstosses zwischen Russland und Deutschland (und damit vermutlich auch der NATO – wenn auch nicht mehr notwendigerweise unter Einbeziehung der USA) zu eskalieren. Eine solche Konfrontation wäre in einer Weise verheerend, wie sie die Deutschen schon lange nicht mehr erlebt haben, wie sogar eine kürzlich im deutschen Fernsehen ausgestrahlte Dokumentation zugeben musste, obwohl sie offensichtlich darauf abzielte, die derzeitige Re-Militarisierung des Landes auf Steroiden zu fördern.»

Als offensichtlichstes Symbol für Berlins neuen industriellen Leichtsinns sieht Amar den Taurus-Marschflugkörper, mit einer maximalen Reichweite von etwa 500 Kilometern. Er koste eine bis drei Millionen Euro pro Stück. Obwohl die «atemberaubend inkompetente» und gegenüber den USA «schamlos unterwürfige» Scholz-Regierung die Lieferung der Langstreckenwaffe an die Ukraine wegen des Risikos von Schlägen tief nach Russland hinein und der Notwendigkeit einer direkten deutschen Beteiligung (die einen Krieg mit Moskau auslösen könnte) bisher abgelehnt habe, habe Merz angedeutet, dass die Lieferung möglicherweise überdacht wird.

Laut dem russischen Aussenminister Sergei Lawrow sei Deutschland bereits direkt in den Krieg verwickelt. Berlin riskiere, historische Fehler zu wiederholen, die zum Zusammenbruch führen könnten. Und ein wichtiger russischer Militärexperte habe beispielsweise die Möglichkeit eines Angriffs auf die Taurus-Produktionsanlagen in Deutschland erwähnt. Amar ergänzt:

«Sind diese Warnungen eine Hilfe? Natürlich würden deutsche Politiker nicht offen zugeben, dass sie von Moskau erfolgreich abgeschreckt wurden, aber es ist eine Tatsache, dass Merz seine angedeutete Drohung, den Taurus in die Ukraine zu verlegen, nicht wahrgemacht hat.

Wenn er gewollt hätte, wäre der Besuch des ukrainischen Staatschefs Wladimir Selenskyj in Berlin eine hervorragende Gelegenheit gewesen, das Geschäft abzuschliessen. Doch statt der heiss ersehnten Marschflugkörper erhielt Selenskyj etwas anderes: einen demonstrativen Gebrauch der deutschen Du-Form, (wieder) viel Geld und das Versprechen, dass Deutschland beim Bau von Langstreckenwaffen in der Ukraine helfen wird. In Anbetracht der Tatsache, dass Moskau soeben bewiesen hat, dass es in der Lage ist, solche Produktionsanlagen überall in der Ukraine anzugreifen, kommt dieses Versprechen einer faulen Ausrede gleich. Zumindest im Moment.»

Die derzeitige Zurückhaltung Deutschlands bei der Lieferung von Taurus-Raketen trage dazu bei, eine unmittelbare Eskalation zu vermeiden, so Amar. Aber der Vorstoss von Merz, Raketen-Know-how mit der Ukraine zu teilen, könnte dennoch eine russische Reaktion hervorrufen. Moskau habe bereits bewiesen, dass es in der Lage ist, die ukrainische Rüstungsindustrie anzugreifen, und betrachte den Taurus aufgrund seiner Fähigkeit zum Tiefschlag als eine besonders ernste Bedrohung. Trotz gegenteiliger Behauptungen von Merz seien die Verhandlungen zur Beendigung des Krieges noch im Gange. Der Historiker stellt fest:

«Das eigentliche Problem für westliche Politiker wie Merz besteht darin, dass Moskau nicht bereit ist, seine eigenen Interessen aufzugeben oder auf einseitige, mit Drohungen untermauerte Forderungen einzugehen.»

Amar erwähnt einen «plausiblen» Reuters-Bericht, laut dem der russische Präsident Wladimir Putin erneut die Bedingungen Russlands für eine realistische Lösung dargelegt hat: Dazu gehören ein vollständiger Stopp der NATO-Erweiterung, eine echte Neutralität der Ukraine und der Schutz ihrer russischsprachigen Bevölkerung sowie ein zumindest teilweises Ende der Sanktionen gegen Russland und der Versuche, eingefrorene russische Staatsvermögen vollständig zu beschlagnahmen. Amar:

«Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Vorstösse von Merz nur noch rätselhafter: Russland ist nicht schwach, sondern gewinnt diesen Krieg. Eine Sommeroffensive könnte kurz bevorstehen und die Lage der Ukraine noch unhaltbarer machen. Aber es gibt auch eine echte Chance, die wieder aufgenommenen Verhandlungen zu nutzen, um endlich die Verluste sowohl für die Ukraine als auch für den Westen zu begrenzen.»

Das Zögern der USA, Russland konsequent entgegenzutreten, könne europäischen NATO- und EU-Staaten die Chance geben, eigene friedliche Alternativen zum Krieg zu entwickeln. Ihr grösster Albtraum wäre es, allein mit dem Konflikt dazustehen, falls Moskau und Washington sich wieder annähern. Deutschlands Wirtschaft werde auch mit schuldenfinanzierten Rüstungsprogrammen nicht aufblühen, solange das Verhältnis zu Russland nicht neu gestaltet werde. Zudem sei ein Wiederaufbau der Ukraine ohne dauerhaften Frieden nicht möglich. Der Historiker schliesst:

«Und die Antwort Berlins auf all diese Punkte? Noch mehr vom Gleichen, nur schlimmer. Jetzt, da der Taurus wieder auf der Optionsliste steht und offen angekündigt wurde, der Ukraine im Wesentlichen beim Bau einer eigenen Version des Taurus zu helfen, vermutlich unter intensiver deutscher Anleitung und mit deutscher Technologie, sind Kiews Chancen nicht besser und Deutschlands Position prekärer. Die Wahrschein-

lichkeit einer Eskalation in einen direkten deutsch-russischen Krieg ist noch höher als vor Merz neuer Initiative, und die Wahrscheinlichkeit eines Friedens ist geringer geworden. Nennen wir es eine Lose-Lose-Situation.»

Tarik Cyril Amar ist Historiker und Experte für internationale Politik. Er hat einen BA in Neuerer Geschichte von der Universität Oxford, einen MSc in Internationaler Geschichte von der London School of Economics und einen Dokortitel in Geschichte von der Princeton University. Er war Stipendiat am Holocaust Memorial Museum und am Harvard Ukrainian Research Institute und leitete das Center for Urban History in Lviv, Ukraine. Er stammt ursprünglich aus Deutschland und hat im Vereinigten Königreich, der Ukraine, Polen, den USA und der Türkei gelebt.

Sein Buch «The Paradox of Ukrainian Lviv: A Borderland City between Stalinists, Nazis, and Nationalists» wurde 2015 von Cornell University Press veröffentlicht. Eine Studie über die politische und kulturelle Geschichte der Fernsehspionagegeschichten des Kalten Krieges steht kurz vor dem Erscheinen, und er arbeitet derzeit an einem neuen Buch über die globale Reaktion auf den Krieg in der Ukraine.

Hier finden Sie seine Website und hier seinen Substack. Auf X ist er unter @TarikCyrilAmar zu finden.

Quelle:

RT: How to start a war with Russia in these easy steps: Just ask Merz's Germany - 29. Mai 2025

Quelle: <https://transition-news.org/wie-man-in-diesen-einfachen-schritten-einen-krieg-mit-russland-beginnt-fragen>



Kinder im Tal, wo die USA die bisher grösste nicht-atomare Bombe zündeten. © Al Jazeera

Acht Jahre nach Trumps Test der Horrorbombe in Afghanistan

Die «Mutter aller Bomben» sollte ein Tunnelsystem der IS zerstören. Einfache Bauern sind oder werden noch heute krank.

Urs P. Gasche

Am 13. April 2017 warf ein US-Militärflugzeug des Typs Lockheed MC-130 die grösste je eingesetzte nicht-nukleare Bombe auf ein Tal im Osten Afghanistans ab. Lokale Behörden meldeten 94 getötete Dschihadisten. Die Kampfkraft der IS wurde kaum geschwächt. Der damalige Präsident Donald Trump hatte den Einsatz gutgeheissen.

«Afghanistan als Testgebiet für Waffen», titelte der «Deutschlandfunk».



Bub, der an hartnäckigen Hautschäden leidet. © Al Jazeera

Als Folge der «Mutter aller Bomben» (MOAB) mit 8,5 Tonnen Sprengstoff wurden Bauernfamilien im betroffenen Mamandtal krank. Sie klagten und klagen über hartnäckige Haut- und Atemwegserkrankungen, Fehlbildungen bei Neugeborenen sowie Augenreizungen, Organschäden sowie über Gedächtnisverlust. Etliche sind noch heute traumatisiert.

Bauern beklagten Ernteeinbussen.

Viele litten auch noch zehn Jahre später, berichtete das pakistanische «New Lines Magazine».

Westliche Medien haben über die langfristigen Folgen für die afghanische Bevölkerung und für die Umwelt kaum berichtet. Sie hatten Opfern von Gewalt in Afghanistan traditionell wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Während des 20-jährigen Nato-Krieges in Afghanistan blieben selbst massive Bombenangriffe häufig Randnotizen.

Der katarische Sender «Al Jazeera» war kürzlich vor Ort und hat die betroffene Bevölkerung reden lassen.

Der Krieg der USA in Zahlen

Kriegstote: Von 2001 bis 2014 wurden 477'000 Personen dokumentiert, die infolge des Kriegs gestorben sind. [Quelle: Wikipedia]

3530 Nato-Soldatinnen und -Soldaten wurden getötet. Das sind mehr Menschen als beim Einsturz der Hochhäuser 9/11 in New York ihr Leben verloren. 2250 US-Soldaten und Soldatinnen kamen bis Ende 2016 ums Leben. Mehr als 20'000 weitere US-Militärs wurden verwundet.

Dazu kommt ein Vielfaches an verletzten Zivilisten.

[Quellen: Sigar-Report. Die Trump-Regierung hat den Bericht vom Netz genommen / Operation Enduring Freedom]

Kosten: Allein die USA haben für den Krieg in Afghanistan die riesige Summe von über 750 Milliarden Dollar ausgegeben

[Quelle: Sigar-Report Januar 2017. Die Trump-Regierung hat den Bericht vom Netz genommen].

Poljanski: Selensky «spielt Spiele», statt zu verhandeln

31. Mai 2025 11:44 Uhr

Dmitri Poljanski sagte, dass Kiew nicht daran interessiert wäre, den Konflikt mit Moskau zu lösen. Dabei spielten die persönlichen Interessen Wladimir Selenskis eine entscheidende Rolle, für den ein Frieden die grösste Gefahr darstelle.

Dmitri Poljanski

Der ukrainische Regierungschef Wladimir Selensky will keine bedeutenden Verhandlungen und versucht nur, den Konflikt zu verlängern, sagte der stellvertretende russische UN-Vertreter Dmitri Poljanski im Interview mit RT.

Russland habe eine zweite Runde direkter Gespräche in Istanbul am 2. Juni vorgeschlagen, aber die Ukraine müsse ihre Teilnahme an dem Termin noch förmlich bestätigen.

«Sie geben sich jede Mühe, um [US-Präsident Donald Trump] zu überzeugen, dass Russland nicht an Frieden interessiert ist», sagte Poljanski in dem Interview am Freitag. «Es ist völlig klar, dass die Ukraine nicht an Verhandlungen interessiert ist. Sie spielen einfach nur Spiele. Für sie sind das keine ernsten oder bedeutenden Verhandlungen. Alles, was Kiew jetzt tut oder sagt, sollte durch [die Linse] betrachtet werden, dass die Ukraine den Krieg verlängern will», fügte der Diplomat hinzu.

Er meinte, der ukrainische Staatschef Wladimir Selensky sei von dem Wunsch angetrieben, an der Macht zu bleiben und Rechenschaft zu vermeiden. Selenskys fünfjährige Amtszeit war im Mai 2024 formell abgelaufen, aber er hat sich, unter Berufung auf das Kriegsrecht, geweigert, Neuwahlen anzusetzen.

«Es ist nicht im Interesse des ukrainischen Präsidenten, sich an irgendwelchen bedeutenden Friedensbemühungen zu beteiligen, da sie zu Wahlen führen würden – etwas, was er vor allem Anderen fürchtet», sagte Poljanski. «Er würde auch für die Unterschlagungen aus dem Staatshaushalt und der westlichen Hilfe zur Rechenschaft gezogen werden ... darum will er dieses Szenario auf jedem möglichen Weg verhindern.»

Russlands Präsident Wladimir Putin betonte, dass er Selensky nicht länger als legitimen Staatschef erachte und äusserte, sein Status könne womöglich den Friedensprozess untergraben. Trump hatte Selensky schon einmal einen «Diktator ohne Wahlen» genannt, aber seitdem seine Kritik gemässigt.

Russland und die Ukraine hatten am 16. Mai in Istanbul die ersten direkten Gespräche seit drei Jahren abgehalten und waren übereingekommen, einen grossen Gefangenenaustausch durchzuführen und einander die Bedingungen für eine Waffenruhe zu präsentieren. Der Kreml hat bestritten, die Verhandlungen zu verzögern, und am Mittwoch mitgeteilt, er werde ein Memorandum fertigstellen, das seine Vision des Friedens skizziere.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/246465-poljanski-selenskij-spielt-spiele-statt/>

Laut der «New York Times» konsumierte Musk während des Wahlkampfes Ketamin, Ecstasy und psychedelische Pilze

Musk hatte zuvor erklärt, dass er etwa alle zwei Wochen Ketamin auf Rezept gegen Depressionen einnimmt. Bekannte teilten jedoch mit, dass er ihnen gesagt habe, er habe das starke Betäubungsmittel so häufig genommen, dass es sich auf seine Blase auswirkte.

31. Mai 2025 von KD

Einem Bericht der New York Times zufolge, auf den die Daily Mail aufmerksam machte, hat Elon Musk im Wahlkampf einen Drogencocktail genommen – und sein chaotisches Privatleben habe sich auf seine Arbeit ausgewirkt.

Der Tesla-CEO soll erklärt haben, dass ihm Ketamin gegen Depressionen verschrieben wurde und er das Medikament etwa alle zwei Wochen einnehme. Laut der NYT hätte Musk jedoch gegenüber Bekannten zugegeben, dass er das starke Betäubungsmittel, das bekanntermassen halluzinogene Eigenschaften hat, so häufig einnahm, dass es sich auf seine Blase auswirkte.

Wie die «New York Times» mitteilt, konsumierte Musk auch Ecstasy und psychedelische Pilze. Zudem sei er mit einer Medikamentenschachtel gereist, die etwa 20 Pillen für den täglichen Gebrauch enthielt, darunter auch Adderall, das zur Behandlung der sogenannten Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) und der Narkolepsie eingesetzt wird.

Sein Umfeld behauptet der NYT zufolge, dass Musk bei privaten Treffen in den USA und in mindestens einem anderen Land Drogen genommen hat. Musk habe in einem Interview behauptet, dass er nur «eine kleine Menge» Ketamin nehme und dass er «wirklich nicht gerne illegale Drogen» konsumiere. Sein unberechenbares Verhalten, einschliesslich eines offensichtlichen Nazi-Grusses auf Trumps Wahlkampfveranstaltung, scheine allerdings etwas anderes zu suggerieren.

Ungewiss sei, ob Musk Drogen nahm, als Trump ihm die Leitung des Department of Government Efficiency (DOGE) übertrug, von dem er am Mittwoch seinen Rücktritt ankündigte.

Musks Luft- und Raumfahrtunternehmen SpaceX, das ein grosser Auftragnehmer der Regierung ist, verlange von seinen Mitarbeitern, drogenfrei zu sein, und führe stichprobenartig Drogentests durch. Der Tech-Milliardär werde jedoch vor diesen Tests «gewarnt», hätten Insider, die mit dem Testverfahren vertraut sind, gegenüber der Zeitung erklärt. Es sei unklar, ob Musk vom Weissen Haus gezwungen wurde, sich einem Drogentest zu unterziehen.

Musk und sein Anwalt hätten diese Woche nicht auf Anfragen der NYT zu seinem Drogenkonsum und seinem Privatleben reagiert.

Neben seiner angeblichen Drogensucht war Musks Tätigkeit am DOGE auch mit privaten Rechtsstreitigkeiten verbunden, in die seine Ex-Partnerinnen und Kinder verwickelt sind.

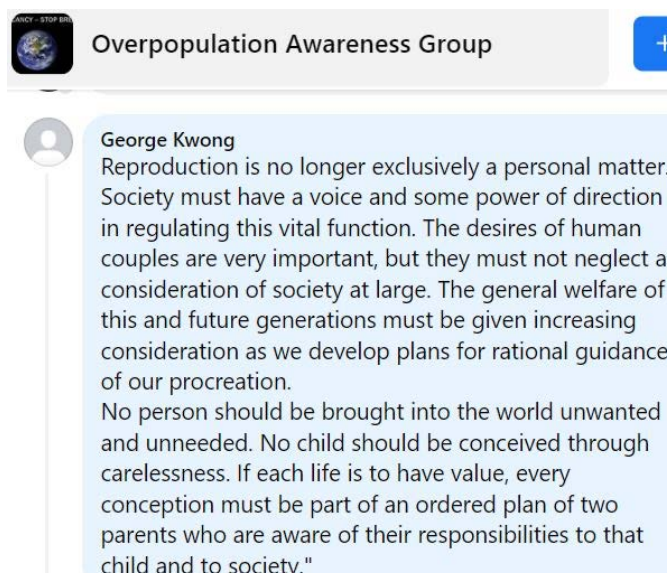
Quelle:

New York Times: On the Campaign Trail, Elon Musk Juggled Drugs and Family Drama - 30. Mai 2025

Daily Mail: Explosive report claims crippling drug habit was real reason for Elon Musk's DOGE downfall - 30. Mai 2025

Quelle: <https://transition-news.org/laut-der-new-york-times-konsumierte-musk-waehrend-des-wahlkampfes-ketamin>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschließlich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formsprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formsprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formsprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formsprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsiv zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formsprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

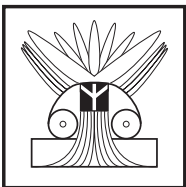


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formsprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formsprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.

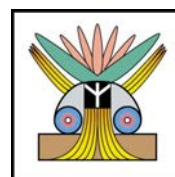
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz